

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 50 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inlerate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 46.

Sonnabend, den 14. November 1908.

12. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —
Treibt eine regere Agitation. — Arbeitsniederlegung aus Soli-
daritätsgefühl. — Die Krise marschiert. — Interessante Dar-
stellungen. — Die Unorganisierten sind die braven Kinder. —
Die Entwicklung der Marmorindustrie in Oesterreich. — Be-
kanntmachungen des Zentralvorstands. — Korrespondenzen. —
Rundschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenände-
rungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen. —

Beilage: Vorläufige Herbeiführung der Erwerbs-
unfähigkeit. — Wirtschaftliche Rundschau. — Die Streiks und
Ausperrungen im Jahre 1907. III. — Gesteinsbohrmaschinen.
— Feuilleton: Neuerungen in der Herstellung von Faßzement-
platten. —

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Wersau (Odenwald): Firma Jakob u. Komp. —
Steinwiesen: Granitwerk Popv. — Sonderbach: Stein-
bruch Glettenberg. — Löbau: Firma Kump. — Ströbel:
Firma Schall u. Eckstein. — Metten: Bayrische Granit-
aktiengesellschaft.

Kirnbach (Schwarzwald). Wegen Lohnreduzierung und Lohn-
einbehaltung legten sämtliche Steinhauer der Firma August
Klein die Arbeit nieder.

Bredenbeck und Gamelspringe a. Deister. Da die Firma
Chr. Menning jede Unterhandlung über Einführung eines
Tarifes ablehnte, haben die Kollegen in beiden Brücken die
Arbeit niedergelegt und sind zum größten Teil abgereist.

Hannover I. Die Berliner Firma Wimmel u. Ko. hat am
Nathausbau hiesige Steinwege entlassen und sucht vermut-
lich auswärtige Kräfte heranzuziehen.

Oesterreich. Zugang ist fernabhalten nach: Schwarzbrunn,
Hermannsdorf, Klein-Weiten, Fürstenbrunn und
Junsbruck.

Schweiz. Zu meiden sind die Orte: Mägenwil, Rorschach,
Chaux-de-Fonds und Zürich.

Treibt eine regere Agitation.

Das Winterhalbjahr ist die Zeit der Versammlungen,
Vorträge, Kurse, Diskussionen, Stiftungsfeste, Abend-
unterhaltungen usw., und alle diese Veranstaltungen der
Arbeitergesellschaft sollen ihren Bestrebungen dienstbar gemacht
werden. Agitieren sollen und müssen wir ja jeden Tag,
jede Stunde, immer und ohne Rücksicht auf die Jahreszeit
und die Temperatur, agitieren in allen möglichen Formen,
die, was zum Beispiel Versammlungen und Vorträge usw.
betrifft, im Sommer nicht anders als im Winter sind.

Zu einer intensiven Agitation muß uns schon der
Mitgliederverlust des 2. Quartals anregen. Unsere Ver-
sammlungen müssen gerade in der jetzigen Zeit recht inter-
essant gestaltet werden. Wenn auch nicht jedesmal ein
Referat gehalten werden kann, so mögen Vorlesungen aus
guten Büchern und Broschüren veranstaltet werden, wie
diese Neuerung mit sehr großem Erfolge in der Zahlstelle
Demitz-Thumitz eingeführt wurde.

Das Arrangement der Versammlungen muß auch ver-
standen sein. In der Tat erhält der größte Teil der Ar-
beiter die Anregung zum entscheidenden Schritte in Ver-
sammlungen und die Vorträge regen nicht nur zum ersten
Zeitungsstudium an, sondern auch zur Vertiefung in
Broschüren und Bücher, wozu die Bibliotheken der Ar-
beiterorganisationen reiche Gelegenheit bieten. Es wird
die Freude am Wissen geweckt, die eigene Denkfähigkeit
fest ein und bald hat der neue Mitstreiter selbst schon die
ersten Anfänge zu einer eigenen kleinen Bibliothek, die der
Stolz jedes aufgeklärten Arbeiters ist, gelegt. Und dabei
ist das neue Mitglied ein grundsätzlich überzeugtes Ver-
bandsmitglied, ein tüchtiger Kollege und Genosse gewor-
den, der nun selbst agitiert und neue Mitglieder der Or-
ganisation zuführt.

Man soll in jeder Versammlung darauf hinweisen, daß
unsere Kollegen gut tun, sich mit den Neuerscheinungen
der Literatur zu beschäftigen, es gibt eine Unmenge
brauchbarer Bücher und Broschüren, die wirtschaftliche und
gewerkschaftliche Themen in vorzüglicher Weise erläutern.
Wer sich über die neuerschienenen Literatur informieren
will, braucht bloß die Rubrik im „Steinarbeiter“ unter
Literarisches zu lesen. Wer aufklärend wirken will, muß
die ökonomische Struktur unserer heutigen Wirtschafts-
ordnung kennen, er muß auch die Lehre des Sozialismus
erfaßt haben. Das Zubellefen hat noch keinem Kollegen
geschadet, wohl merkt man aber sofort, wer lesefaul ver-
anlagt ist.

Sieht man, wie von den giftigsten Scharfmachern,
den unerfährtesten Ausbeutern und den skrupellosten
bürgerlichen und unkerlichen Politikern freventlich mit
den Arbeitern Spielball getrieben und von vielen derselben
der Schwindel mitgemacht wird, dann wird man sich erst
recht der ganzen Bedeutung der goldenen Worte „Wissen
ist Macht“ bewußt. Das Wissen, das zur Erkenntnis
seiner Interessen, des Zusammenhangs der Dinge und
zum Klassenbewußtsein führt. Darum unermüdete Ver-

breitung von Aufklärung, von Kenntnissen, von Wissen,
um aus unwissenden und ungebildeten Arbeitern unter-
richtete, kenntnisreiche und gebildete Bürger und Klassen-
kämpfer zu machen.

Unsere Aufklärungsarbeit in diesem Winter findet
einen äußerst eindrucksvollen und wirksamen Hintergrund
in der bestehenden Wirtschaftskrise, die der Bankrott,
wenn auch — leider! — noch nicht das Ende des Kapita-
lismus ist: in der Wirtschaftskrise mit ihren furchtbaren
Folgen von Massenarbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit,
Not und Elend, Krankheiten, Verderbnis und Verbrechen,
unter denen das gesamte arbeitende Volk direkt und in-
direkt schwer leidet und klagt. Dazu kommt diesmal noch
die ungeheure, durch die neuen Wucherzölle künstlich herbei-
geführte Teuerung, bei der als Ergänzung der Wucher-
zölle noch die Exportprämien für die Getreide-, Mehl- usw.
Ausfuhr in verderblichster Weise mitwirken. Die Not der
Zeit wird noch weiter gesteigert und verschlimmert durch
die der wirtschaftlichen Ausbeutung des arbeitenden Volks
entsprechende steuerpolitische Ausbeutung, durch den neuen
Beutezug auf die Taschen der Massen, um ihnen zu den
heutigen zweieinhalb Milliarden noch eine weitere halbe
Milliarde für die volksfeindliche Politik des Reichs ab-
zunehmen.

Wären wir in kultureller Beziehung noch um ein
halbes Jahrhundert zurück, so würde diese große Not das
Volk beten, das heißt mehr beten lehren; heute aber lehrt
sie das Volk, die gedrückten, hungernden und von den
herrschenden Klassen mißhandelten Massen denken. Und
darum muß heute die intensivste und extensivste Agitation
der fortgeschrittenen, aufgeklärten Arbeiter unter den Ar-
beitern die größten Erfolge haben. Sagt sich doch der
rückständigste Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen,
so kann das nimmer länger fortgehen, da muß es endlich
anders, für das arbeitende Volk, das alle Reichtümer, alle
Werte, alle Kulturwerke schafft, besser werden.

Die so gestimmten unorganisierten Massen bilden heute
einen ungemein empfänglichen Boden für unsere Be-
strebungen und Ideale. Die Aufklärungsarbeit ist auch
dann nicht umsonst getan, wenn nicht gerade in jeder Ver-
sammlung viele Aufnahmen von neuen Mitgliedern in die
Organisation erfolgen. In zahlreichen Fällen wird der
Mangel an Mitteln den sofortigen Anschluß an die Organi-
sation verhindern, aber darum ist der ausgestreute gute
Samen doch nicht verloren. Er faßt Wurzel und zeitigt
reiche Früchte, die später bei einem neuen starken Auf-
schwung der ganzen Bewegung geerntet werden.

Es sei uns weiter eine Einschaltung gestattet. Um die
Agitation erfolgreich zu gestalten, genügt es nicht,
daß bloß unsere Gauleiter rednerisch tätig sind. Wir
müssen auch bestrebt sein, für einen tüchtigen Nachwuchs
in dieser Hinsicht zu sorgen. Wir haben eine Reihe von
Steinbruchgebieten, in denen sehr intelligente Kräfte vor-
handen sind. Manchmal hatten wir schon das Empfinden,
daß diese intelligenten Kollegen viel zu wenig zu den
agitatorischen Arbeiten herangezogen werden. Wir könn-
ten mit Beispielen dienen. Der Grundsatz: „Ich dulde
neben meiner Wenigkeit keine andere Größe“, ist grund-
sätzlich, fürwahr, wir müssen stolz sein, wenn in den
Steinbruchgebieten umsichtige und weitblickende Kollegen
herangebildet werden können. Die Zeiten haben sich ge-
waltig geändert. Vor Jahren noch saßen unsere intelli-
genten Kollegen meist in den Städten. Mit Recht konnten
sie die Apostel des Verbandes genannt werden. Sie konn-
ten nach den Bruchgebieten hingehen und für unsere Ideen
und Ziele werben. Das ist aber anders geworden mit
dem Augenblick, wo die Steinbruchplätze in den
Städten anfangen, sich allmählich zu entleeren. Unsere ge-
schulten Agitatoren in den Städten von früher, sie sind
nicht mehr. Meist sind sie der Berufsfrankheit zum Opfer
gefallen. Die Kollegen, die aus den Steinbruchgebieten
in die Stadt kommen und ausnahmsweise Arbeit erhalten,
können nur auf wochenlange Beschäftigung rechnen; sich
da theoretisch weiter zu bilden, ist unter den obwaltenden
Umständen beinahe ausgeschlossen.

Für die theoretische Weiterbildung der Kollegen ist
unser Verband erfreulicherweise insoweit bestrebt, indem
in Zukunft direkt aus Kollegenkreisen tüchtige Verbands-
mitglieder auf die Berliner Gewerkschaftsschule geschickt
werden sollen. Wir können es nur herzlich begrüßen, daß
auch Kollegen, die noch an der Haubank tätig sind, einer
solchen Ausbildung teilhaftig werden können. Aber eins
sei gleich eingeschaltet, für den Besuch der Schule können
nur Kollegen in Frage kommen, die schon länger organi-
siert sind und für den Verband intensiv tätig waren.
Weiter müssen sich diejenigen, die auf den Besuch der Ge-
werkschaftsschule reflektieren, darüber ausweisen können,
daß sie politisch organisiert sind, also sozialdemokratischen
Wahlvereinen angehören.

Da in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter haben
fürwahr eine machtvolle Organisation notwendig. Aus
den Gewerkschaftsberichten erfahren wir, daß die
Steinbruchindustriellen die Arbeiterchutzgesetze in der
schamlosesten Weise umgehen, die geführten Lohnkämpfe
beweisen weiter, wie „eisenhart“ unsere Unternehmer sind.
Der gewaltige Kampf in Blauberg (Bayrischer Wald)
dauerte 18 Wochen, trotzdem weit über 100 Mann die
heimatlichen Penaten verließen, konnten wir keinen vollen

Sieg erringen. Machtvoll ist das Kapital, immer sind die
Unternehmer nur um ihr Heiligstes, den Profit bemüht.
10—12 Prozent Dividende verteilte die Bayrische Granit-
Aktiengesellschaft schon seit Jahren, die Arbeiter aber wer-
den ganz niedrig entlohnt.

Die Krise wird weiter benutzt, in der raffiniertesten
Weise Tarifbrüche zu begehen. Die Granitindustriellen
im Harz schlossen im Vorjahre mit unfern Kollegen einen
Tarif ab, gültig bis Juni 1909. Und nun verlangen die
Harzer Meister, daß sofort 10—15 Prozent
unter Tarif gearbeitet werden soll. Um auf die
Arbeiter einen dementsprechenden Druck auszuüben,
sind bereits Massenentlassungen vorge-
kommen. Wir haben hier einen Tarifbruch in
flagranti. Auch in andern Orten planen die Meister
Lohnreduzierungen. Diese Vorkommnisse müssen gerade
jetzt agitatorisch sehr scharf ausgenützt werden.

Als selbstverständlich erscheint bei unsrer zielbewußten
Agitation die Ergänzung des gesprochenen Wortes durch
das geschriebene Wort, die Verbreitung unsres Verbands-
organs und der politischen Arbeiterpresse, von Flug-
blättern, Broschüren usw. Nicht nur das eine oder das
andre, sondern das eine und das andre soll geschehen.

So nützen wir die Zeit und verwenden wir die Not
und die Ruinen der Krise als Bausteine zum Tempelbau
der neuen und besseren Zeit.

Arbeitsniederlegung aus Solidaritäts- gefühl.

In Nr. 45 des „Steinarbeiters“ befindet sich ein kurzer
Bericht über die Arbeitsniederlegung in Langensalza zugunsten
eines Gemafregelten. Als Beteiligter seien mir etliche Aus-
sagen gestattet.

In Langensalza waren zurzeit 104 Steinhauer und Wof-
frier beschäftigt, wobei es allerdings auch vorkam, daß der Ge-
schäftsbetrieb nicht immer in der peinlichsten Weise vor sich ging.
Doch muß ich und jeder andre gestehen, daß sich in Deutschland
noch viele Betriebe befinden, die sich bei weitem nicht mit oben-
genannten messen können.

Alle Unregelmäßigkeiten wurden nun aber nicht, wie es
unter aufgeklärten Arbeitern ist, sachlich, sondern durch Arbeits-
niederlegung geschildert. Beweis, die vielen Streiks im vorigen
wie in diesem Jahre. So auch wieder diesmal.

Ein Kollege, der im Afford beschäftigt war, kam an mehre-
ren Tagen morgens zu spät zur Arbeit. Im Wubendrecht er-
mahnte ihn der Polier zur Pünktlichkeit. Einige Tage erschien
er pünktlich, doch erfolgte darauf einigemaliges Zuspätkommen.
Der Polier machte ihm darüber Vorhaltungen, die nach längerem
Hin und Her in Grobheiten ausarteten. Die Folge war die Ent-
lassung des betreffenden Kollegen. Im Betriebe herrschte nun
geteilte Meinung, ob für ihn einzutreten sei oder nicht. Drei
Tage waren verfloßen, als sich endlich einige Kollegen im Wubend-
recht dieses Falles erinnerten. An diesem Abend war keine
Einigung zu erzielen und es wurde bestimmt, eine Kommission
sollte um Wiedereinstellung des Kollegen beim Polier vorstellig
werden. Das Vorstelligwerden hatte keinen Erfolg, und somit
wurde zum Wubendrecht Zuflucht genommen. Der Polier sagte,
wer in 10 Minuten nicht arbeitet, darf heute nicht weiterarbeiten.
Das war nun von seiten des Poliers nicht klug gehandelt und
die Kampf Stimmung war dadurch erhöht.

Der Polier, der darauf ins Wubendrecht geholt wurde, er-
klärte, den entlassenen Kollegen momentan nicht einstellen zu
können, da er sonst zugebe, unrecht zu haben, doch wolle er ihn
in der nächsten Zeit als ersten einstellen. Mit diesem waren die
Kollegen nicht einverstanden und eine aus der Mitte gewählte
Kommission wurde beim Betriebsleiter nach einstündiger Unter-
redung mit negativem Erfolge vorstellig.

Der mit im Betriebe beschäftigte Gauleiter erstattete Bericht
und gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, indem er zu einer Be-
sonnenen Vorgehen ermahnte. Von diesem jedoch wollten die
meisten nichts wissen. Da nun oftmals wegen Kapitalien die Ar-
beit niedergelegt, im Wagenjammer aber wieder aufgenommen
wurde, machte sich eine Abstimmung notwendig. Diese ergab,
daß 67 für Austritt aus der Beschäftigung waren. Am Montag,
2. November, verließen alle 104 Kollegen den Betrieb.

Sieraus ersieht man, daß keine Ursachen oft große Wirkun-
gen haben. Die Kollegen hatten geglaubt, daß die Firma es
doch nicht so weit kommen lassen würde, leider vergebens. Gerade
bei diesem Punkte steht das Unternehmertum geschlossen da, wo
es sich um Einhaltung der Arbeitszeit dreht. Leider werden im
Betrieb noch Ausnahmen gemacht, daß Kollegen, die ein bis zwei
Tage blaumachten, auch sonst sich nicht aufführten, wie es
Organisierten würdig ist, aber keine Entlassung, im Gegenteil
Unterstützung erhielten.

Ist es nun ein Vorteil, stets das Neueste zu wagen, oder
hat die Gewerkschaft nicht andre Mittel, um Gemafregelte zu
unterstützen? Die Gewerkschaft unterstützt jeden, soweit es mit
dem Statut zu vereinbaren ist. Auch in unserm Idealzustand
wird es nötig sein, daß sich jeder den bestehenden Verordnungen
fügen muß, soweit sie rechtlich richtig sind.

Betrachten wir uns nun obendrein die Schäden, die die Be-
teiligten sowie der Gesamtverband hat von einer derartigen
Vagantele. Hundert Mann verfahren ihre sauer verdienten
Groschen auf der Bahn. Obendrein fallen sie den arbeitenden
Kollegen zur Last, abgesehen von der Reiseunterstützung. Das
Unternehmertum zieht seine Vorteile aus den auf der Reise
Befindlichen, bei dieser Jahreszeit, von den Opfern, die den
ganzen Winter auf der Landstraße liegen bleiben, abgesehen.

Aus allem ergibt sich nun, daß man künftighin einzelnen
Geißspornen nicht nachgeben darf, sondern klug und überlegen
handeln muß. Mögen sich alle Kollegen künftighin dahin be-
geben, wo Wissen verzapft und über Ziele und Kampfmittel
der Gewerkschaften unterrichtet wird. Sollten mehrere solche

Fälle angezettelt werden, kann unser Gesamtverband in Frage gestellt werden.

Als unerhört muß es aber bezeichnet werden, daß Kollegen, die erst zugereist kamen, in so struppellose Weise sofort machen konnten. Es wäre gut, wenn solchen Pausen in energischer Weise beizutreten der Mund gestopft würde. Wenn wir solche Aktionen unterstützen wie in Langenlaza, dann machen wir uns mit den gemäßigtesten Aktionen bloß lächerlich. Ich betone ausdrücklich, die Entlassung des einen Kollegen war keine Maßregelung, nur seiner Nachlässigkeit ist es zuzuschreiben, wenn er außer Arbeit kam. Kollegen, wir treten jederzeit für das Interesse unserer Verbandsmitglieder ein, was haben wir nicht schon alles für Lohnbewegungen getan, aber wenn man Pflichtwidrigkeiten zu Verbandsangelegenheiten stempelt, so ist das für den Verband sehr schädlich. Hoffentlich bleiben uns solche Fälle, wie der geschilderte, in Zukunft erspart.

Auf der Reise.

A. B.

Die Krise marschiert.

Gewaltig sind die Bittern über die zunehmende Arbeitslosigkeit. Die Kassen der Gewerkschaften werden mächtig in Anspruch genommen. Auch in den Stadtverordnetenversammlungen dieser Städte wurde die Frage der Arbeitslosigkeit schon eingehend erörtert. Meistens waren es nur sozialdemokratische Vertreter, die diese Angelegenheiten zur Sprache brachten. In der Steinindustrie haben wir momentan geradezu eine enorme Arbeitslosigkeit.

Auch der schlesische Sandsteinbezirk, die Heuscheuer mit einbegriffen, hat den Niedergang des Arbeitsmarktes schon bis jetzt zu spüren bekommen. Der Bunzlauer Distrikt als „Winterquartier“ der reisenden Kollegen gehört der Vergangenheit an. In allen Bahnhöfen, außer Klagwitz, sind Entlassungen vorgenommen worden. Einige Zahlen werden beweisen, daß die Krise, die sich jetzt im Distrikt zeigt, die schlimmste ist, welche bisher zu verzeichnen war. Es kann ja mit möglich sein, daß der Sandstein dem Kalkstein gegenüber nicht mehr so beliebt ist, und das dieses mit beiträgt, den Arbeitsmangel zu vergrößern. Im niederschlesischen Sandsteingebiet waren arbeitslos am 1. Oktober in Bunzlau 138 Steinmetzen (am 1. November 08); in Barth 58 (am 1. November 32); in Klagwitz 56 (am 1. November 30, der niedrigste Stand 18); in Deutmannsdorf 38 (am 1. November 22); in Hodenau 24 (am 1. November 18); in Klagwitz-Löbenberg 46 (am 1. November 44). Arbeitslos waren also zusammen am 1. Oktober 858, am 1. November 244 Mann. Es sind also im Zeitraum von einem Monat 114 Kollegen arbeitslos geworden, und dadurch ist das jetzt schon große Heer der arbeitslosen Steinmetzen wieder um ein Bedeutendes vergrößert worden. Diese Entlassungen zeigen, wie notwendig es ist, die Arbeitszeit zu verkürzen. Leider wird in diesem Punkte nicht immer, wie es sein soll, gehandelt. Ob sich die Arbeitsverhältnisse bessern werden, ist sehr zu bezweifeln. Nach den jetzigen Ausblicken ist keine Besserung zu erwarten.

Aus diesen Ausführungen ersehen wir klar und deutlich, daß die Krise auch die Bruchdistrikte nicht mehr verschont. Die Frage der Arbeitslosenunterstützung wird auch deshalb für unseren Verband immer mehr eine Lebensfrage. Hoffentlich beschließt man diese Unterstützung in Zukunft. Die Ausführungen einzelner Mitglieder, die Arbeitslosenunterstützung sei bloß für die Großstädte von Vorteil, ist schon dadurch hinfällig, daß in den meisten nur noch eine kleine Anzahl Kollegen vorhanden ist. Die Gründe, in den Brüchen ist stets Arbeit, wir werden nicht arbeitslos, sind jetzt nicht mehr stichhaltig. Auch in den entferntesten Bruchdistrikten ist die Arbeitslosigkeit zu spüren. Es kann deshalb nur noch eine Frage der Zeit sein, auch in unserm Verbands die Frage der Arbeitslosenunterstützung in die Tat umzusetzen. Die ganze Entwicklung der Berufsverhältnisse zwingt uns dazu. Die Gegner dieser Unterstützung werden wohl bis zum nächsten Verbandstag noch durch die Macht der Verhältnisse zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Arbeitslosenunterstützung für unseren Verband eine unbedingte Notwendigkeit ist. Selbstverständlich müßte dann der Beitrag nicht unbeträchtlich erhöht werden.

Bunzlau.

Louis Fahrmarkt.

Interessante Darstellung.

Im Baugewerbe herrscht bekanntlich schon seit Monaten eine große Arbeitslosigkeit. Der Maurerverband hat darüber Erhebungen gepflogen, die im „Grundstein“ (Nr. 45) mitgeteilt werden. Es heißt dort:

„In 35 deutschen Großstädten waren im Jahre 1906 nach der damaligen statistischen Aufnahme 60 604 Maurer beschäftigt, im Jahre 1908 aber in denselben Großstädten nur 44 441, das sind 16 163 weniger. In den Orten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern verringerte sich die Zahl der beschäftigten Maurer von 20 062 im Jahre 1905 auf 15 899 oder um 4163; in den Orten mit 30 000 bis 50 000 Einwohnern ging die Zahl von 15 885 auf 13 033 oder um 2852 zurück, in den Orten mit 20 000 bis 30 000 Einwohner von 15 118 auf 13 708 oder um 1412 und in den Orten mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern von 28 329 auf 24 666 oder um 1673. In diesen fünf Ortsgrößenklassen betrug der Gesamtrückgang der beschäftigten Maurer 26 263. Damit ist aber noch nicht alles erfasst, was in diesem Jahre im Maurergewerbe an Arbeitskräften brach liegen mußte. Die Zahl der Maurer hatte sich in den Jahren 1906 und 1907 sicher bedeutend vermehrt, so daß der Unterschied zwischen 1905 und 1908 gar nicht die wahre Größe des Rückgangs darstellt; der Rückgang ist viel größer, als er in den Zahlen zutage tritt. Seit dem Jahre 1905 sind drei Jahre verfloßen, und jedes Jahr brachte dem Maurergewerbe eine Menge neuer Arbeitskräfte, sowohl an ausgebildeten Lehrlingen, wie an Ausländern und Ueberläufern aus andern Berufen. Dieser Zustrom kann in den so überaus guten Baujahren 1906/1907 nicht gering gewesen sein und hat sicher den Abgang bei weitem übertroffen. Allein an Lehrlingen wurden im Jahre 1906 30 268 gezählt. Wenn man das berücksichtigt, so kann man die Zahl der Maurer, die heute weniger beschäftigt sind als im Jahre 1905, getrost auf 50 000 schätzen, ohne den Tatsachen Zwang anzutun.“

Aber wo sind diese vielen Menschen? Sind sie alle arbeitslos? Haben sie nicht in andern Berufen Arbeit gefunden? Der arbeitslose Maurer ist natürlich weniger; denn einmal hat ein Teil von ihnen bei andern Arbeiten, sei es bei Erdarbeiten, in der Landwirtschaft, in Fabriken oder sonstwo Unterbeschäftigung gefunden. Zum andern ist der Zustrom von Ausländern, besonders von Italienern, in diesem Jahre nicht so stark gewesen wie sonst, teilweise hat wohl sogar eine Abwanderung dieser Leute stattgefunden. Bei alledem bleibt aber eine außergewöhnlich große Arbeitslosigkeit unserer Kollegen bestehen. Damit sind zugleich ganz naturgemäß auch die andern Gruppen des Baugewerbes in Mitleidenenschaft gezogen worden. Die Zahl der arbeitslosen Hilfsarbeiter wird nicht geringer als die der Maurer sein. Im Zimmererverbande gab es wegen Arbeitsmangels Arbeitslose am 25. April 3500, am 30. Mai 2820, am 27. Juni, also in der besten Zeit für die Bauarbeit, noch 1571. Wie wird das erst in den nächsten Wochen werden, wenn eintretender Frost der ohnehin schwachen Bauattività ein Ziel setzt?

Es ist leider nicht anzunehmen, daß die im Baugewerbe beschäftigungslos werdenden Arbeitskräfte in irgendeiner erheblichen Maße in andern Gewerben Erwerb finden könnten; denn überall finden wir das gleiche Glend, die gleiche Ueberfüllung.“ Hoffentlich sind auch wir im Steinmetzenverband bald in der Lage, den ziffernmäßigen Nachweis über den Grad der Arbeitslosigkeit unsern Kollegen bekannt geben zu können.

Die Unorganisierten sind die braven Kinder.

Geradezu lächerlich spielen sich die Arbeitgeber auf, wenn sie ihren Arbeitern vorschreiben, daß sie keiner sozialdemokratischen Organisation angehören dürfen. Und für sich ist ein solches Vorgehen als größtlicher Terrorismus zu bezeichnen. Im Oberfränkischen haben wir nun zwei hiesige Granitwerkbesitzer, die glauben, unsern Verband aus ihren Betrieben verbannen zu können. Wenn Steinmetze schriftlich um Arbeit anfragen, dann geht ihnen folgende Retourantwort zu:

Granitwerk Eisenhammer (Ferdinand Popp).

Steinmetzen bei Kronach (Oberfr.).

Herrn Steinmetz, Selb.

Auf Ihre Karte teile Ihnen ergebenst mit, daß Sie sofort in Arbeit treten können. Bedingungen sind, daß Sie keiner Organisation oder Verband angehören, da ich nur solche Leute annehme. Die Arbeit geht im Taglohn, je nach Leistung wird bezahlt. Werkzeug ist frei. Sind Sie mit diesem einverstanden, können Sie sofort kommen, selbiges muß auch einer schriftlich erklären.

Achtungsvoll!

Ferd. Popp.

NB. Sie können noch 2-3 Mann unorganisierte Steinmetzen mitbringen.

Granitwerk Kronach (Gläsel u. Weber)

Kronach (Bayern), den 7. Oktober 1908.

Herrn Steinmetz, Selb.

Wir teilen Ihnen mit, daß Sie und Ihr Kollege . . . in 14 Tagen eintreten können, da bis dortsin einige Plätze frei werden. Werkzeug braucht nicht mitgebracht zu werden, Taglohn nach Leistung, Werkstätten sind im Winter geheizt, dem sozialdemokratischen Verband dürfen Sie nicht angehören.

Achtungsvoll!

Gläsel u. Weber.

NB. Und müssen Sie ordnungsmäßig aus Ihrer Arbeit entlassen sein, Zeugnis mitbringen.

Man entblödet sich also nicht, von den Arbeitern einen Verzicht auf das ihnen zustehende Koalitionsrecht zu verlangen; ja, man ist mit einer mündlichen Erklärung nicht zufrieden, man will es schriftlich haben, um den Arbeiter jederzeit hinauswerfen zu können.

Die Arbeitgeber Popp, Gläsel u. Weber sind nebenbei Mutterliberale, wenigstens denken sie, solche zu sein. Natürlich geht kein Fingergelbgranitarbeiter nach den schönen Werkstätten der genannten Herren, denn es hieße ja Selbstmord begehen, wenn sich Arbeiter derartig bevormunden lassen wollten. Wir werden aber dafür sorgen, daß in Kronach trotzdem unser Verband seinen Einzug hält.

Die Entwicklung der Marmorindustrie in Oesterreich.

Genau wie in Deutschland, so zeigt auch in Oesterreich die Entwicklung der Steinindustrie großkapitalistische Tendenzen. Wir haben das im Leitartikel der Nr. 44; „Die Steinindustrie in Oesterreich“ eingehend geschildert. Ueber die spezielle Entwicklung der Marmorindustrie lesen wir in unserm österreichischen Bruderorgan darüber folgendes:

„Langsam und zögernd, wie es in Oesterreich immer der Fall ist, beginnen unsere Unternehmer es den deutschen Marmorindustriellen nachzumachen. Durch den Druck der Verhältnisse entwickeln sich die sonst konservativen österreichischen Unternehmer in der Marmorindustrie zu leistungsfähigen Geschäftsleuten. Die unproduktiven alten Maschinen, mit welchen sich die Arbeitgeber jahrelang zum Schaden ihres Geldsacks fortwurzelten, werden von einigen praktisch denkenden Unternehmern über Bord geworfen. An Stelle dieser altersschwachen Maschinen, die den Arbeitern manchen Mergel verursachten, sind erstklassige neue Produktionsmittel Platz, für die der Unternehmer mehrere Tausend Kronen bezahlt. Besonders auffällig ist diese fortschrittliche Entwicklung an jenen Orten zu beobachten, wo eine geschlossene, gut organisierte Arbeiterschaft sich ihren Lohn geregelt hat. Durch den Widerstand der Arbeiter, die den einmal geschaffenen Lohn sich nicht mehr verschleudern lassen, suchen sich die Unternehmer auf eine andre Art ihren Profit zu vergrößern. Ihre selbstgeschaffene Schmutzkonzurrenz wird nun durch die Verbesserung der Betriebsmittel dem Kapitalstärkenden und daher weniger leistungsfähigen Unternehmer fühlbar.“

Der Umschwung in der Arbeitsmethode geschah bei den Wiener Marmorwarenerzeugern fast zu demselben Zeitpunkt, als die Arbeiter ihren unregelmäßigen Lohn durch einen Vertrag gesichert haben. Mit der Abschaffung der elenden Löhne trat auch eine Gesundung der gewerblichen Verhältnisse ein. Das Unterbieten der Warenpreise durch die Unternehmer verschwindet allmählich und die Konkurrenz tritt in anständige Bahnen. Weil bekanntlich die Arbeitgeber die Kosten ihrer Schmutzkonzurrenz nie aus Eigenem beden, mußten sie einen andern Weg suchen, um zu ihrem Profit zu gelangen. Die Warenpreise wurden von Jahr zu Jahr durch die wahnwitzige Konkurrenz der Meister schlechter, so daß sie endlich den Versuch machten, den Verkaufspreis der Waren zu regeln, was aber an ihrer Unaufrichtigkeit scheiterte.

Der infolge der Ausbeutung der Arbeiter ausgebrochene Wiener Streik kam daher den Meistern ganz gelegen; sie hatten dadurch das Mittel in der Hand, ihre Kunden tüchtig zu schnüren. Die „unerfährlichen“ Arbeiter mußten zum Vorwand dienen, um die fast um das Doppelte hinausgeschraubten Warenpreise zu begründen. Damit aber die Schmutzkonzurrenz nicht von neuem beginnen kann, schlossen die Meister ein Kartell mit diversen Konventionalsstrafen. Trotz alledem zerschlugen sich nach einigen Monaten an der schändlichen Haltung einiger nimmerfatter Unternehmer all die schönen Hoffnungen. Statt anständig die Konkurrenz zu betreiben und die Abmachungen des Kartells in puncto Lieferpreise einzuhalten, wurde zuerst auf Umwegen der Vertrag durchbrochen, später offen billiger geliefert. Dadurch schlangen jene Unternehmer in gewissenloser Weise den Möbelhändlern und Exporteuren wie früher einen horrenden mühseligen Gewinn zu. Die Schleubpreise begannen im Verkauf der Waren wieder die Oberhand zu gewinnen. Um aus der löpflösen Schmutzkonzurrenz noch Gewinn für das Geschäft herauszuschlagen, kamen die Meister zum Teil auf absonderliche Ideen. Die Maschine sollte die jetzt teurer gewordene Arbeitskraft ersetzen. Selbst kleine Meister mit zwei bis drei Gehilfen schafften sich um viele Hundert Kronen Maschinen an, die ihnen unter sehr günstigen Zahlungsbedingungen von den Fabriken angeboten wurden. Doch der zu geringe Absatz der Ware und die teure Elektrizität machte für diese kleinen Meister das Projekt des maschinellen Betriebs unrentabel. Doch anders ist es bei den größeren Betrieben. Hier finden die neuen maschinellen Einrichtungen ihre Wertverteilung für den Unternehmer, während sie für den Arbeiter und dessen Existenz gewiß gefährlich werden.

Eine Fräsmaschine leistet eine tägliche Arbeit von acht bis zehn Steinmetzen. Dadurch werden immer mehr Steinmetze überflüssig und arbeitslos. Dasselbe ist noch in größerem Maße bei den neuen Schneidemaschinen der Fall. Die Handarbeit spielt jetzt in den maschinell eingerichteten Betrieben für die Marmorwarenerzeuger nur eine untergeordnete Rolle. Die Verwendung der Steinmetze besteht in der Hauptsache im Vorarbeiten der Platten für die Maschine und für reichere Gesinnlichkeit. Die Vervollkommnung der Schleif- und Polier-

maschinen ist ihrem Ziele sehr nahe, so daß auch bei den Steinmetzen die Handarbeit durch die Maschine verdrängt wird. Das sind trübe Ausblicke für die Zukunft der in der Marmorindustrie beschäftigten Arbeiter. Bloß dem glücklichen Umstand, daß wir Hochkonjunktur in der Marmorindustrie zu verzeichnen haben, ist es zu danken, daß vorläufig von einer Arbeitslosigkeit noch wenig zu verspüren ist. (In Deutschland ist leider auch in der Marmorbranche der Geschäftsgang schleppend. Nied. des „Steinarbeiter.“) Ueber das kann bald anders werden; auch in diesem Industriezweig zeitigt die Ueberproduktion gar seltsame Blüten. Was aber dann, wenn die Kollegen den Widerwillen gegenüber der Maschinenarbeit nicht ablegen? Allerdings naß und schmutzig ist die Maschinenarbeit, aber immer ist sie besser, als hungrend und arbeitslos auf der Straße herumzulaufen und billigen Arbeitskräften den Platz bei der Maschine zu überlassen. Diese Gleichgültigkeit wird sich in der Zukunft an den Arbeitern bitter rächen. Bei jeder Gelegenheit fagen wir den Kollegen, daß, wenn sie in den Werkstätten von der fortschreitenden Einführung der Maschine nicht selbst Gebrauch machen, sie durch billige Arbeiter ersetzt werden. Vom Unternehmer ist zu verlangen, daß überall qualifizierte Arbeiter, also Steinmetz und Schleifer zur Maschinenarbeit gestellt, damit nicht so viele Kollegen nicht nur durch die Maschine selbst, sondern auch durch billige Arbeitskräfte um Verdienst und Arbeit gebracht werden.

Was soll man aber dazu sagen, wenn der Unternehmer infolge der Stärke der Organisation es vermeidet, mit den Arbeitern in Konflikt zu kommen und zur neuen Maschine Steinmetze anstellt, dieselben aber des Lernens müde, dem Unternehmer lieber Hilfsarbeiter rekommandieren, um ja wieder von dieser Arbeit loszukommen? Das ist gewiß ein Stumpfhirn dieser Kollegen, und wenn es überall so gemacht wird, werden die Steinmetze auf der Straße liegen, während der rekommandierte billigere Hilfsarbeiter den Platz besetzt, den ein Steinmetz haben könnte. Mit aller Macht müssen wir uns einsetzen und jetzt bei der guten Konjunktur darauf bestehen, daß nur Steinmetze oder Schleifer bei den Maschinen verpendet werden, nebenbei auch das Abrichten von Steinmetzen und Schleifern auf das Notwendigste beschränken und die Vertüzung der Arbeitszeit durchführen, dann haben wir einigermassen für unsere Zukunft vorgesorgt. Die Schatten der schlechten Konjunktur, und im Gefolge die Arbeitslosigkeit, werden uns nicht überrreichen können.

Wenn jeder Kollege die Augen offen hält, tüchtig in der Organisation mitarbeitet, den Gang der Entwicklung der Maschine verfolgt und klar beurteilt, dann wird in der Zeit der schlechten Geschäftslage die Arbeitslosigkeit auf ein Minimum beschränkt bleiben.

Der Druck der Arbeitslosen, der Reservearmee für die Unternehmer, wird auf unsere geregelten Löhne keine Wirkung haben. Die Erfindung der Maschine, die für die Gesellschaft ein Segen sein könnte, ist im Klassenstaat nur für die Bereicherung des Privatkapitals bestimmt, dem Arbeiter aber wird sie zum Fluch. Nur durch eine zielbewusste Organisation können wir die verderbende Wirkung der Maschine, die Hunderte von Arbeitskräften ausschaltet, etwas eindämmen. Nicht Abneigung dürfen wir vor der Maschinenarbeit haben, sondern die technischen Handgriffe müssen wir uns aneignen, um für unsere Zukunft gerüstet zu sein.“

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Am 1. Januar 1909 erhalten alle Kollegen, soweit sie bis dahin ein Jahr organisiert sind, neue Mitgliedsbücher. Also auch diejenigen, die die alten Bücher noch nicht voll haben. Die neuen Bücher werden erst dann ausgereicht, wenn die alten Bücher resp. Interimskarten vollständig in Ordnung sind. Vor dem 1. Januar dürfen keine neuen Bücher ausgestellt werden. Die Ortsverwaltungen haben dahin zu wirken, daß Restanten am 1. Januar nicht mehr vorhanden sind, damit die Ausstellung der neuen Bücher keine Verzögerung erleidet.

Diejenigen Kollegen, welche bereits ein Jahr Verbandsmitglied sind, erhalten jetzt kein Buch ausgestellt, sondern Neben bis 1. Januar in der Interimskarte weiter.

Gleichzeitig findet am 1. Januar ein Farbenwechsel der Beitrags- und Erwerbslosensmarken statt. Alle Marken dürfen in die neuen Bücher nicht gefleht werden. Wo trotzdem alte Marken in die neuen Bücher gefleht sind, werden diese für ungültig erklärt. Die alten Marken sind nach dem 1. Januar an den Zentralvorstand einzuliefern. Bei Bestellung von Markenmaterial mögen die Ortsklassierer Vorstehendes berücksichtigen.

Der Versand der neuen Mitgliedsbücher beginnt vom Mitte November ab und wird durch die Expedition von Albert Meyer, Leipzig, befördert. Dieses ist von den Ortsverwaltungen zu beachten, damit die Annahme nicht verzögert wird.

Den Fragebogen über die Zusammenstellung der örtlichen Statistik haben bisher nicht abgeliefert: Aus dem 1. Gau: Danzig; 2. Gau: Breslau II, Müders; 3. Gau: Gersbach, Nemenz, Königshain, Wehselburg; 4. Gau: Alleben, Dessau, Nebra, Wittenberg, Wurzen; 5. Gau: Grammel, Ehringdorf, Oberdorf, Seeburg; 6. Gau: Emdorf, Ebershausen, Hannover II, Hardegsen, Silbesheim, Solenber, Hoof bei Kassel, Hörfel, Leopoldthal, Regenborn, Wildemann, Wolfshagen, Wilsdorf; 7. Gau: Bonn, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf II, Elberfeld, Gießen, Hagen i. W., Koblenz, Köln II, Marburg, Mühlheim, M.-Gladbach, Mitten, Sprochhövel, Trier, Wiesbaden; 8. Gau: Alenglan, Frankenstein, Gelnhausen, Hochspeier, Höchst, Neubach, Kaiserlautern, Rinn, Landau, Morsfeld, Neufkirchen, Metz, Neustadt a. d. S., Obenbach, Otterberg, Otterbach, Pirmasens, Sattelbach, Zweibrücken; 9. Gau: Derdingen, Eppingen, Erstein, Hagenau, Hall, Knittlingen, Kolmar, Laub, Lützelbach, Madweiler, Neuenstein, Ohsenbach, Radolfzell, Schmie, Seebach, Stuttgart, Weinsberg, Kaiserweiser; 10. Gau: Bad Aibling, Mauerberg, Marktweihen, Metten, Nohbach, Weihenstadt; 11. Gau: Aßfeld, Bamberg, Eibelsdorf, Faulbach, Klein-Seubach, Kleinrinderfeld, Rother a. S., Stadtprozelten, Treuchtlingen, Waldburn, Ziegelanger.

Laut Beschluß der Vorstandssitzung vom 5. November ist der Steinmetz F. Schwertner, geb. 7. November 1883 in Rosenthal bei Reichenberg i. S. (Interimskarte 30 906), ausgeschlossen. Grund: Wegen Arbeitsannahme bei einer gesperrten Firma in Lauban. Auf Veranlassung der Sperrdifferenzen hatte Schwertner für zwei Wochen Unterstützung bezogen.

Korrespondenzen

Berlin. Eine überfüllte Versammlung beider hiesigen Filialen tagte am 8. November in den Arminhallen. Die überaus wichtige Tagesordnung ließ ja von Anfang an ein reges Interesse erwarten. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Sahr und Funk. Sodann wurde in die wichtige Beratung der Vorstandsvorlage über die Verschmelzung der beiden Filialen eingetreten. Die Antragsteller Funk und Santsch wiesen in einem kurzen aber treffenden Referat die Notwendigkeit einer Verschmelzung beider Filialen nach. Für beide war wohl der Grundgedanke maßgebend, daß die Vorlage aus den derzeitigen Verhältnissen heraus entsprungen ist. In der sich anschließenden Diskussion stimmten alle Mitglieder darin überein, daß der Zeitpunkt einer Verschmelzung gekommen sei. Auch mit der Anstellung eines Kollegen erklärten sich die Kollegen einverstanden. Es wurde für selbstverständlich gehalten, daß die Zentrale, da sie

ja sonst wenig für den 1. Gau beisteuert, einen Zuschuß leistet. Auf Antrag wird die Vorlage nochmals den einzelnen Versammlungen überwiesen.

Alagen. Wir sind genötigt, uns mit den Verhältnissen des hiesigen Marmor- und Granitwerks zu befassen. Der Winter ist nahe, die Arbeit ist knapp und Meister suchen uns dies noch besonders fühlbar zu machen. Das Gebahren dieses Herrn müssen wir ganz entschieden beurteilen. Ist einer von den Kollegen mit dem gebotenen Preise nicht zufrieden, dann heißt es gleich: „Wenn es Ihnen nicht paßt, dann können Sie Ihre Papiere bekommen.“ Diese Fälle sind des öfteren schon vorgekommen. Das Sprechen untereinander ist verboten; zu lautes Sprechen wird mit Entlassung bestraft. Man weiß wirklich nicht: sieht man unter Gefängnisordnung oder befindet man sich in der Kaserne. Bei jeder Gefängnisordnung wird Festsitzen angeordnet. Bei solchen Umständen wollen wir den Kollegen nicht raten, die Firma Dassel mit Arbeitsangeboten zu bekräftigen. Auch unsere Redaktion möge sich dessen erinnern, wenn die Firma Dassel wieder einmal mit Inseraten kommt. Wir glauben nicht, daß Herr Dassel, der Besitzer, das Auftreten der Poliere duldet. Wir haben hier sehr anstrengend tätig zu sein, und da kann man in erster Linie eine anständige Behandlung erwarten.

Büchberg. Am 31. Oktober fand im Eibischen Gasthaus unsere Mitgliederversammlung statt, die leider schwach besucht war. Die hiesigen Kollegen befinden sich in dem Wahn, es müßte bei jeder Versammlung ein Referent zur Stelle sein. Andernfalls betrachten sie eine Mitgliederversammlung als Nebenache. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahmen ergaben 540,70 Mk., die Ausgaben 479,65 Mk., Bestand für nächstes Quartal 61,05 Mk. Die Revisoren erklärten dieselbe für richtig. Im 2. Punkt wurde beschlossen, daß der Steinmetz Biringier nicht mehr als Verbandsmitglied zu betrachten sei, da derselbe mit der Beitragszahlung wenig im Einklange ist, und wie er sich äußerte, überhaupt nichts mehr bezahlt. Im Punkt Verschiedenes konnte man wieder bemerken, daß manche Kollegen zurücksehen, wenn eine kleine Arbeit für die Zahlstelle zu machen ist. Kollegen, unter derartigen Verhältnissen ändern wir unsere Lage nicht im geringsten. Wir müssen doch bald zur Einsicht kommen, daß nur Einigkeit stark macht. Deshalb laßt alle persönlichen Reibereien beiseite. Jeder Kollege wird zugeben müssen, daß hier durch den Verband an Lohnerhöhung, Arbeitszeitverlängerung und noch so manch andres Gute geschaffen wurde, auch zum Teil für diejenigen mit, welche noch nicht das geringste für diese Bestrebungen geleistet haben. Erwähnt sei noch, daß der Kollege Joseph Gastinger (Verbands-Nr. 52 682) seinen Verpflichtungen gegenüber der hiesigen Lokalkasse voll und ganz nachgekommen ist.

Dresden. Am 5. November tagte im Volkshaus eine gut besuchte Versammlung. Durch die Zusammenlegung der Zahlstellen Dresden und Pirna machte sich eine Verringerung der Beitragsleistung erforderlich. Um dieselbe etwas einseitlicher zu gestalten, machte die Verwaltung den Vorschlag, vom 7. November an anstatt 3 Prozent vom Lohn nur noch 2½ Prozent zu bezahlen. An örtlichen Unterstützungen soll bei diesem Beitrag beibehalten werden: Zulagen bei Streik, Krankenunterstützung für ausgeleistete Mitglieder und Bezahlung der Begräbnisdeputationen. Die Dresdener Arbeitslosenunterstützung, welche auf Grund des dreiprozentigen Beitrags eingeführt wurde, fällt im nächsten Jahre fort. Der Vorschlag der Verwaltung wurde gegen einige Stimmen angenommen. Zur Arbeitslosenunterstützung waren von zwei Werkplätzen Anträge eingegangen, die besagten, die Unterstützung für das nächste Unterstützungsjahr pro Woche um 8 Mark zu erhöhen. Zur Begründung wurde angeführt, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre eine ganz große sei und leider voraussichtlich auch noch sehr lange anhalten würde. Die Verwaltung hatte sich mit diesen Anträgen beschäftigt und empfahl der Versammlung, dieselben abzulehnen, denn man müsse doch auch mit den vorhandenen Mitteln rechnen. Sie macht der Versammlung folgenden Vorschlag: Die Unterstützungsfälle bleiben bestehen, bloß für diejenigen Kollegen, die infolge der schlechten Verhältnisse gezwungen waren, auswärts zu arbeiten, Erleichterungen eintreten zu lassen, weil dieselben sonst doppelt geschädigt sind. Dieser Vorschlag wurde gegen zehn Stimmen angenommen. Am Neubau der Zionkirche hat das Städtische Hochbauamt (welches die Oberleitung hat) die glatten Arbeiten als Spisarbeiten vergeben. Dieselben wurden dem Baumeister Carl u. König übertragen. Infolge der Arbeitslosigkeit am Ort hatten auch einige Kollegen dort um Arbeit zu sprechen und sie wurden eingestellt. Die Bezahlung war aber eine derartig schlecht, daß sie halb wieder dabonliefen. Damit wurden allerdings die Verhältnisse nicht gebessert und es mußte ein anderer Weg beschritten werden. Die Verhandlungen mit dem Vertreter der Firma hatten keinen Erfolg und es wurde deshalb die Sperre verhängt. Die Vertrauensleute der Maurer erklärten, wenn ihr das als Steinmetzarbeit betrachtet und gesperrt habt, müssen die Spizmaurer, welche bei uns organisiert sind, auch mit aufhören, was aus gesehen ist. Es wurde nun zunächst das Hochbauamt genau informiert und ersucht, einzugreifen, um diese Mißstände zu beseitigen, was auch zugelegt wurde. Die Unternehmer Carl u. König wandten sich nun, weil die Sperre verhängt war, an den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe um Schutz. Es fand eine Sitzung der Schlichtungskommission statt, in welcher die Unternehmer erklärten, es liege hier ein Vertragsbruch von Seiten der Maurer vor. (1) Die Arbeitgebervertreter bewahrten sich ganz entschieden dagegen und behaupteten, daß hier von gar keine Rede sein könne, denn nicht der Maurer, sondern der Steinmetzverband hat die Sperre verhängt. Eine Einigung kam hier nicht zustande und es wurde die Angelegenheit an einen unparteiischen Sachverständigen verwiesen. Bei der Vorverhandlung am Gewerbegericht nahm die Sache eine andre Wendung. Es wurde von Seiten des Herrn Obergewerbeberichters Stübing an den Vertrauensmann der Steinmetz, Seidel, das Ersuchen gestellt, die Sperre aufzuheben, damit die Streitfrage für das Baugewerbe erledigt würde. Dieses wurde unter folgenden Bedingungen zugesagt: Wenn erstens innerhalb fünf Tagen die Angelegenheit aus der Welt geschafft wird; zweitens wenn das alte Verhältnis, wie es vor der Sperre bestand, hergestellt wird und Reueinstellungen nicht vorgenommen werden, bis alles geregelt ist; drittens darf nur im Stundenlohn gearbeitet werden, für 65 Pfg. die Stunde. Diesem wurde zugestimmt und die Sperre vorläufig aufgehoben. Es wurde nun eine Kommission bestimmt, welche die Grenzen festlegen sollte, was ist Steinmetz- und was ist Spizmaurerarbeit? Man einigte sich dahingehend, zur nächsten Sitzung das Finanzministerium, das Städtische Hochbauamt, je zwei Vertreter vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, von der Steinmetzvereinigung, dem Maurerverband und dem Steinmetzverband zu bestimmen. Bei der Verhandlung fühlten sich die Vertreter vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe vollständig als die Herren der Situation und glaubten, nur so mit unsern Vertretern umspringen zu können. Sie reklamierten fast alle Steinmetzarbeiten für sich als Spisarbeiten und wollten uns fast gar nichts übrig lassen. Die Herren hatten sich natürlich geirrt, denn sie wurden von unsern Vertretern eines ganz andern belehrt. Zu einer Einigung kam es in der Sitzung nicht. Es wurde nur noch festgelegt, daß die einzelnen Körperchaften sich mit der Frage beschäftigen sollten und baldigst eine weitere Sitzung stattfinden würde. Am 3. November tagte die Einigungskommission unter Vorsitz des Herrn Noack, Vorsitzender vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe. Vor Eintritt in die Verhandlung wurde vom Kollegen Seidel beantragt, zuerst die Streitfrage der Zionkirche zu entscheiden und dann auf die Festlegung der Grenzen zuzukommen. Es wurde diesem Antraggegeben und nach langem Hin und Wieder einstimmig be-

schlossen, daß es Steinmetzarbeit ist. Das Hochbauamt wird von diesem Beschluß in Kenntnis gesetzt und ersucht, die Arbeiten nochmals auszuschreiben als Steinmetzarbeit, was Herr Baurat Erlwein schon zugesagt hatte, wenn der Entschluß so ausfallen würde. Es wurde noch vereinbart, daß die Kommission weiter verhandeln soll, um festzulegen, was eigentlich Steinmetz- und was Spizmaurerarbeit ist. Kommt hier eine Einigung zustande, so soll dieselbe allen Behörden zugestellt werden mit der Bitte, bei Ausschreibungen dieselbe zu berücksichtigen. Die Versammlung erklärte sich mit der Stellung ihrer Vertreter einverstanden und hofft, daß endlich einmal diese Streitfrage aus der Welt geschafft wird. In der Debatte wurde die einseitige Stellungnahme der Dresdener Volkszeitung zugunsten des Baurats Erlwein einer scharfen, aber gerechten Kritik unterzogen. Bei allen Vorkommnissen ist es genannte Zeitung, welche einspringt und denselben heraushaut und ihn über das Bohnenlied hinaus lobt. Allem Anschein nach hat man in der Redaktion bis heute noch mit keiner Silbe an die hungernden Arbeiter derjenigen Bezirke gedacht, welche infolge seiner eingeführten Neuerungen direkt zu Grunde gerichtet werden. Herr Erlwein ist gerade derjenige gewesen, welcher den Sandstein an städtischen Bauten vollständig verdrängt hat und das mit einemmal. Der Schlachthof kostet 16 Millionen, der Gasometer 4 Millionen, aber nirgends ist Sandstein verwendet. Im übrigen bezweifeln wir stark, daß die Bauten auch in Stampfbeton billiger werden, als aus anderm Mauerwerk. Wo im übrigen die Stadt Dresden in der glücklichen Lage ist, gutes Sandsteinmaterial zu ganz billigen Preisen zu erhalten, weil die Brüche ganz in der Nähe liegen. In andern Städten, wie in Leipzig, Hamburg und Berlin wird sehr viel schlechtes Material verwandt, trotzdem nach diesen Städten die Kraft ziemlich ins Gewicht fällt. Die Versammlung ist der Meinung, wenn das Material für diese Städte gut genug ist, wird es für Dresden seinen Zweck auch verrichten. Der Redaktor der „Dresdener Volkszeitung“ empfehlen wir, diese Sachen einmal etwas von andern Gesichtspunkten aus zu beurteilen. Am Schluß gibt der Vertrauensmann noch bekannt, daß am Jahreseschluß die Bücher ablaufen und neue ausgestellt werden. Die Platzvertreter haben darauf zu sehen, daß keine Restanten vorhanden sind am Quartalschluß.

Essen. Am 9. November tagte hier eine Mitgliederversammlung, welche mäßig besucht war. Im zweiten Punkte hielt Kollege Spinnrad ein Referat betreffs der im Dezember stattfindenden Stadtverordnetenwahl. Am Schluß erwähnte er die Kollegen, fleißig zu agitieren, damit wir endlich auch mal ins Stadtkollegium eindringen können. Wegen vorgezogener Zeit wurde von einer Diskussion Abstand genommen und Kollege Spinnrad der Dank ausgesprochen. Bemerkenswert sei, daß der schlechte Versammlungsbesuch geradezu besorgniserregend ist. Es müßte doch jeder soviel Interesse haben, um an der Versammlung teilzunehmen. In Essen ist noch viel zu bessern. Darum, Kollegen, seid eintig und kommt das nächstemal in die Versammlung.

Hamburg II. Berichtigung. Laut Bericht der dreiwöchentlichen Hauptversammlung des Steinmetzvereins in verhandelt, abgehalten zu Leipzig am 14. September 1908, hat Herr Obermeister Reimer-Hamburg in seinem Referat über den diesjährigen Zustand der Steinmetzen und Marmorarbeiter u. a. folgendes ausgeführt: „Die Akkordarbeit bleibt bestehen.“ Wenn Herr Reimer und die hiesigen Arbeitgeber dieser Auffassung hulbig, dann sind wir verpflichtet, hier zu erklären, daß bei unserer Lohnbewegung 1906 kein Akkordtarif zum Abschluß kam und folglich nur eine Vereinbarung auf Stundenlohn erreicht wurde. Diese ist seit drei Jahren von beiden Seiten eingehalten worden. Auch bei der diesjährigen Lohnbewegung hat diesbezüglich keine Veränderung stattgefunden, nur der Stundenlohn hat auf der schon bestehenden Basis eine Aufbesserung erhalten. Sollten nun die Arbeitgeber auf Grund dieser Auffassung versuchen, Akkord einzuführen, so würde dieses unsererseits als Tarifbruch betrachtet, und die Organisation hat dann die Verpflichtung und Aufgabe, dieses zu gegebener Zeit zurückzuweisen.

Die Lohnkommission der Marmorarbeiter Hamburgs, S. A.: Gust. Franz.

Häslitz. Am 1. November fand eine gutbesuchte Steinmetzversammlung beim Gastwirt Jung in Groß-Mölen statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurden die Abrechnungen der Zahlstellen Häslitz und Striepa bekannt gegeben. Zum zweiten Punkt hielt Genosse Otto Mühlke-Weipzig einen höchst interessanten Vortrag über das Thema: Die Arbeiter und die Schule, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Dann wurde die Besprechung vom Regierungspräsidenten in Riegnitz bekannt gegeben, das Versammlungsverbot in Dörfdorf betreffend. Die Mühlkeantwort lautet: „Auf Ihre Beschwerde vom 3. h. Wts. erwidere ich, daß für den Herrn Amtsvorsteher keine ausreichende Veranlassung vorlag, die Genehmigung zur Abhaltung der für den 26. Juli in Aussicht genommenen Versammlung der Steinmetz zu verweigern. Die Ortspolizeibehörde und der Herr Landrat sind entsprechend verständigt worden.“ Hoffentlich zieht der Mühlke. Zum Schluß gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Statistik.

Kirchheim. Die am 20. Oktober tagende Mitgliederversammlung war sehr gut besucht. Zum 1. Punkt, Abrechnung vom 2. Quartal, berichtete der Kassierer. Die Revisoren erklärten, daß die Kasse und Bücher in voller Ordnung sind. 2. Punkt, Erhöhung des Fremdbesuchs auf 100 Pfg. Schilling. Antrag: Da in den drei Betrieben der Firma Schilling jetzt circa 120 Steinmetzen beschäftigt sind, ist es angebracht, das Fremdbesuchsgeld von 50 Pfg. auf 1 Mk. zu erhöhen. Nach lebhafter Debatte wird der Antrag angenommen mit der Bedingung, daß von nun an statt 10 Pfg. 15 Pfg. Platzgeld pro Woche entrichtet werden. Die örtlichen Verhältnisse lassen hier auch noch viel zu wünschen übrig. Ein besseres Zusammenwirken der Kollegen auf den einzelnen Werkplätzen sowie ein regerer Versammlungsbesuch wäre am Plage, dann könnten auch manche Mißstände beseitigt werden.

Ober-Weilau. Am 1. November fand hier im Lokal des Herrn Karfunde eine Steinmetzversammlung statt, welche gut besucht war. Kollege Glahel gab die Abrechnung vom 3. Quartal 1908. Die Einnahme betrug 784,78 Mk., die Ausgabe 399,12 Mk., bleibt Bestand für das nächste Quartal 385,66 Mk. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung, worauf dem Kassierer Entlassung erteilt wurde. Hieraus hielt Genosse Redakteur Franz Feldmann einen sehr instruktiven Vortrag über den Wert der Organisation, über die Verkürzung der Arbeitszeit und über den Mißbrauch des Alkohols. Daß der Redner den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hätte, bewies der stürmische Applaus am Schluß des Referats. In der Diskussion sprachen die Kollegen Winkler und Suchner im Sinne des Referenten. Am Verschiedenen wurde die Gleichgültigkeit einiger Kollegen scharf unter die Lupe genommen.

Rüders. In Scherbenel (Böhmen) hielten wir am 28. Okt. unsere Mitgliederversammlung ab. Es wurde darüber debattiert, daß der Böhmisches Steinmetzverband mit dem. Sig in Prag anerkannt werden soll. Allerdings hat sich der genannte Verband vom österrösischen abgespalten, das kann man ja nicht gutheißen, aber es müssen dieses Vorgehen nunmehr die Kollegen büßen. Nämlich deshalb, weil der deutsche Verband die Prager Richtung nicht anerkennt. Die böhmischen Kollegen zahlen meist zum Prager Verband, kommen sie aber nach Deutschland, dann wird ihnen die rechtliche Anerkennung verweigert. (Das internationale Sekretariat in Zürich wird mit der Prager Zeitung verhandeln. Hoffentlich kommt eine Einigung zustande, Red.)

Steintöfen. Die Firma Popp duldet keine Organisierten in ihrem Werke. Wir müssen immer darauf bedacht sein, daß Popp vollends mit Indifferenten geschaffen wird. Ob ihm das gelingt, steht auf einem andern Blatt. Rückblick wurde dem Vorliegenden und dem Kassierer gefolgt. Bemerkenswert sei, daß die Werkstätten nicht gerade einladend sind; auch sonst sind genügend Mißstände vorhanden. Zu den Einheimischen orakelt Popp, daß sie keinen Verband brauchen. Also der Meister ist entsetzt, ob und wie sich die Kollegen organisieren sollen. Jeder soll bei seinem Leisten bleiben, nicht wahr? Bezug ist nach hier fernzuhalten.

Ströbel. Vor etwa 15 Monaten wurde der Streik im hiesigen Gebiet beendet. Welcher Kampf geführt werden mußte, ist unseren Kollegen noch in Erinnerung. Schon oft hatten wir seitdem mit Lohnbifferenzen zu tun, das heißt, unsere Kollegen mühten vorstellig werden. Nun kommen die Herren Schall und Gastein mit ihren wahren Plänen ans Tageslicht. Sie wollen uns die Schmiedeschärfe ausfallen, damit der niedrige Lohn noch mehr gebrückt werden kann. Am 16. November hätte diese Maßnahme in Kraft zu treten, laut Aushang. Die Arbeiter haben einfach zu parieren; nur unsere Herren wollen allein bestimmen. Man will eine kleine Zulage pro Kubilmeter gewähren, aber diese Mehrzahlungen sind bloß zum Schein, denn in Wirklichkeit sollen die Kollegen den Löwenanteil der Schmiedeschärfe tragen. Für diese Zumutung danken die hiesigen Steinmetz.

Würgburg. Wo reisen wir hin? Diese Frage müssen sich zur jetzigen Zeit Hunderte von Kollegen vorlegen. Eine leichte Frage ist dies zurzeit für die Arbeitslosen nicht. Es lenkt deshalb jeder seine Schritte dorthin, wo er glaubt am ersten Unter- und Auskommen zu finden. Nicht zuletzt wird hierbei das Würgburger Aufschlaffteingebiet in Betracht gezogen und es ist dies auch leicht begreiflich, da ja die Nachfrage nach diesem Material in den letzten Jahren verhältnismäßig eine große war und auch jetzt noch ist. Anders aber verhält es sich mit der Nachfrage nach Arbeitskräften. Vor wenigen Jahren noch konnte man mit Bestimmtheit damit rechnen, in diesem Gebiet Arbeit im Winter zu erhalten. Anders aber heute, denn viele derjenigen, die damit rechneten, sich ein vorübergehendes Winterquartier zu suchen, haben nun, da sie sehen, daß in den Städten an eine Arbeit überhaupt fast nicht zu denken ist, ihr ständiges Domizil hier aufgeschlagen. Dazu kommt, daß hier eine übermäßig große Lehrlingszucherei getrieben wird, wodurch wir schon jetzt ein Ueberangebot von Arbeitskräften zu verzeichnen haben. Mindestens hundert Kollegen haben in den letzten drei Wochen das Kalkteingebiet durchein, aber keine zehn hatten das Glück, Arbeit zu erhalten. In ein Unterkommen ist also nicht zu denken. Es dürfte deshalb im Interesse der reisenden Kollegen selbst liegen, dieses Gebiet so viel als möglich zu meiden.

Rundschau.

Hannes Wolf ist aus der Redaktion der christlichen Gewerkschaftszeitung ausgeschieden. Er hat etwa 1½ Jahre in der hahnnebüchsen Weise amtiert und wir hatten öfters Gelegenheit, die Unfähigkeit dieses Herrn gebührend zu brandmarken. Als Nachfolger zeichnet ein Herr H. Weis, welcher Tätigkeit sich Hannes Wolf in Zukunft hingibt, ist uns unbekannt.

Entlassung. Die Firma Bachmann in Würzen hat den Arbeiter Wagner und den Bäcker Vogel entlassen. Die beiden spielten in einem Meinedisprozess vor etwa 8 Wochen eine nicht untergeordnete Rolle. Angeklagt waren damals Wagner und ein Obersteiger, Vogel trat als Zeuge auf und es wurde ein Freispruch erzielt. Bemerkenswert ist, daß W. schon etwa 20 Jahre bei Bachmann beschäftigt war.

Den Referat geschlagen. Eine geradezu ungeheure Submissionsblüte ist bei Vergebung der Bauarbeiten für den 3½ Kilometer langen Tunnel zwischen Schkäfers und Frieden zur Umgehung des Bahnhofs von Elm (Frankfurt-Debrach Bahnhofs) zutage getreten. Das niedrigste Angebot mit 4 385 000 Mark gab eine Firma aus Karlsruhe ab. Der Höchstfordernde verlangte 14 900 000 Mark, Differenz = 10 515 000 Mark. Welcher Submittent gehört nun ins Irrenhaus?

Zur Gründung neuer technischer Schulen wird uns von befreundeter Seite geschrieben: Während in der Zeit vor 10 Jahren ein wahres Gründungsfever für Schaffung neuer technischer Lehranstalten (Bauschulen, Technikums usw.) herrschte, so haben deren bisherige Zahl 90 auf einige 80 in Deutschland zugenommen, seit der Zeit des industriellen und baulichen Niedergangs hierin Ruhe eingetreten, und nur von Zeit zu Zeit wird bekannt, daß wieder eine derartige Anstalt zu existieren ausgeht hat, weil die betreffende Stadt die enormen Opfer, die eine konkurrenzfähige technische Anstalt beansprucht, nicht mehr zu leisten vermochte. Es wagt sich hier die gleiche Entwicklung wie auf anderen Gebieten: auch die Weltfirmen der Elektrotechnikbranche, die Warenhäuser, die großen Banken und so weiter saugen die kleineren Unternehmungen auf und lasteten auf dem Grundbesitz großer Umlauf, kleiner Nutzen. In Deutschland gibt es einige ältere technische Privatanstalten, deren Schülerzahl noch wächst, während die meisten Neugründungen den teueren Apparat nur mit wenigen Schülern weiterzuführen müssen; denn die älteren Schulen haben ihnen eins voraus: den Stamm aller bewährten Schüler, die aus ihren Stellungen heraus immer neue Schüler an ihre früheren Unterrichtsstätte empfehlen. Der Betrieb einer technischen Schule erfordert natürlich große Mittel. Heutzutage ist ein technischer Unterricht ohne Laboratorien, Werkstätten und moderne Einrichtungen und Apparate unstatthaft und nichtrentiert zugleich die Stadt, die ihn protegiert. Wenn aber die Zuwendungen von der Stadt reichlicher fließen, so macht sich auch der Einfluß der städtischen Verwaltung fühlbar, was die freie Entwicklung hemmt. Ohne bedeutende staatliche Zuschüsse bilden Privatschulen wegen der notwendigen Zuwendungen aus der Stadtkasse häufig eine unwillkommene Last für die steuerzahlende Bürgerschaft.

Wer heute eine technische Anstalt besuchen will, tut gut, sich nur in staatlichen Lehranstalten einschreiben zu lassen.

Aus den deutschen Gewerkschaften. Seitens des Zentralverbandes der Brauereiarbeiter ist eine große Protestbewegung gegen die von der Regierung beabsichtigte weitere Erhöhung der Brauereier vorbereitet. An allen Orten mit Brauereien oder Malzfabriken sollen möglichst Versammlungen einberufen werden, sobald die Vorlage der Reichsregierung veröffentlicht ist. — Der Verband der süddeutschen Eisenbahnarbeiter besteht nunmehr zehn Jahre. Am 28. Oktober 1898 erfolgte in Nürnberg die Gründung des Verbandes bayerischer Eisenbahnarbeiter und Betriebsarbeiter. Der Verband fand ein großes Arbeitsgebiet vor; die Lohnverhältnisse an den bayerischen Eisenbahnen lagen noch sehr im Argen, wie eine im Jahre 1899 vorgenommene statistische Erhebung auswies. Auch bildeten die Eisenbahnerverwaltung keineswegs mit Freundschaft auf die Organisationsbestrebungen der Arbeiter, namentlich in Bayern die schwarze Reaktion nicht herrschte wie in Preußen und Sachsen. Die Herausgabe eines eigenen Verbandsorgans, die seit 1899 erfolgt, wurde zu einer wichtigen Waffe der jungen Organisation. Der Indifferentismus der Arbeiter selbst war indes auch hier groß. Am Jahreseschluß 1899 zählte der Verband in 25 Ortsgruppen 2180 Mitglieder. Aus einem Kartell mit dem in Württemberg und Baden inzwischen gegründeten Organisationsverband entstand dann im Jahre 1902 der Süddeutsche Eisenbahnerverband, der heute eine Mitgliederzahl von 15 000 aufzuweisen kann. — Die Mitgliederzahl des Verbandes der Friseurgehilfen betrug am Schluß des 2. Quartals 2192. Der Verbandsbestand betrug 4045,86 Mark. — Nach einer Zusammenstellung des Verbandsverbandes betrug die Gesamtzahl der ge-

beitslosen Mitglieder des Holzarbeiterverbandes im 3. Quartal 28 376. An Arbeitslosenunterstützung wurden 162 124 Mark ausgegahlt, und zwar an 8652 Mitglieder für 119 785 Tage. Dazu kommen 41 933 Mark für Reiseunterstützung, die an 26 655 Mitglieder für 44 713 Tage gegahlt wurden. — Der Verband der Stukkateure zählte am Schlusse des 2. Quartals 7852 Mitglieder. Der Vermögensbestand betrug 146 840,54 Mark. An Streikunterstützung wurden 29 336,25 Mark verausgabt.

Eine „freiwillige“ Extrasteuer schreibt der Verbandsvorstand der Buchbinder aus. Es werden Marken von 10 und 20 Pfg. ausgegeben. In der Begründung wird darauf verwiesen, daß der Verband für Krankenunterstützung, Streiks und Arbeitslosenunterstützung ganz enorme Summen ausgeben mußte. Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung wird folgendes ausgeführt:

„Die Arbeitslosigkeit hat einen hohen Grad erreicht und um so wüthender wirkt für die davon betroffenen Mitglieder unsere Unterstützung. Was für die Mitglieder ohne Zweifel als Wohlthat wirkt, belastet aber naturgemäß die Verbandskasse. Das weisen die für die Arbeitslosenunterstützung unserer Mitglieder verausgabten Summen aus, die sich folgendermaßen gestalten: 1906 an 2417 Mitglieder für 57 947 Arbeitslosentage 60 913 Mark, 1907 an 2809 Mitglieder für 78 828 Arbeitslosentage 82 508 Mark, dagegen 1908 allein in den ersten beiden Quartalen für 58 789 Tage 63 124 Mark, gegen 36 346 Tage und 39 290 Mark im gleichen Zeitraum 1907. Wahrscheinlich werden wir in diesem Jahre insgesamt an Arbeitslosenunterstützung circa 120 000 Mark zu verausgaben haben, also ungefähr rund 40 000 Mark mehr wie im Vorjahre.“

Hoffentlich sind die Mitglieder des Buchbinderverbandes einflchtig genug und entrichten bereitwillig die auferlegte Steuer.

Aus dem Leben der Petersburger Handwerker. Seit etwa zwei Jahren besteht in Petersburg eine „gemischte Kommission“ aus Vertretern der Unternehmer und Arbeiter, die auf Grund des Gesetzes vom 28. November 1906 obligatorische Verfügungen über die normale Arbeitsruhe in den Petersburger Werkstätten ausarbeiten soll. Diese Verfügungen sind noch heute nicht ausgearbeitet, ja noch mehr — die fortwährenden Konflikte zwischen den Arbeitern und Unternehmern in der Kommission haben dahin geführt, daß die Arbeiter vor kurzem ihr Mandat niederlegten und die Unternehmer gegenwärtig selbst die erwähnten Verfügungen „ausarbeiten“. In dem motivierten Protest, den die Arbeiterdelegierten vor ihrem Austritt in der Kommission einbrachten, sind die Gründe ihrer Handlungsweise wiedergegeben. Was sie auch in der Kommission beantragten, alles wurde von den Unternehmern niedergestimmt. „Infolge zufälliger Ursachen — so heißt es in dem Protest der Arbeiter — blieben 6 Arbeiter als Mitglieder in der Kommission zurück, und da alle unsere Anträge, Nachwahlen vornehmen zu lassen, abgelehnt wurden, so befanden die Unternehmer in allen Sitzungen die Majorität und alle Anträge der Arbeiter waren von vornherein zum Scheitern verurteilt. So erging es unserm Antrag, eine Enquete über die Dauer der Arbeitszeit in den Werkstätten zu veranstalten. Von demselben Schicksal wurden unsere Anträge über die Organisierung einer Handwerksinspektion und die Bildung einer Arbeiterkommission betroffen.“ Die Arbeitgeber gingen auch auf andre Weise gegen die Arbeiterdelegierten vor. Eine ganze Reihe von Delegierten wurden auf die Straße gesetzt, weil sie — wie die Arbeitgeber sich ausdrückten — „zu energisch“ in der Kommission gearbeitet hatten. Dies alles zwang die Delegierten, die Kommission zu verlassen und die Erklärung abzugeben, daß die Petersburger Arbeiter an dieser Kommission keinen Anteil mehr nehmen würden.

In einem Sandsteinbruch verunglückt. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in einem Steinbruch zu Alt-Warthau (Schlesien). Durch plötzlich (!) sich lösende Felsmassen wurde der Brecher Hell sehr schwer verletzt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Das gepfändete Grabdenkmal.

Auf dem Dresdner St. Pauli-Friedhof ereignete sich vor kurzem der seltene Fall, daß ein Gerichtsvollzieher ein Grabdenkmal pfänden wollte. Die Firma Hermann Stein in Dresden lieferte im Jahre 1904 an einen jetzt verstorbenen Baueigenen ein Grabdenkmal in Gestalt eines Obeliskens mit Granitsockel. Dieser Grabstein wurde später auf einem Grabe des St. Pauli-Friedhofes aufgestellt, scheint aber bisher unbezahlt geblieben zu sein, denn die Firma Stein versuchte nach Erwerbung eines Schuldtitels den Obeliskens vom Friedhof pfänden zu lassen. Der Kirchenvorstand, als Vertreter der Friedhofverwaltung, ließ diese Pfändung nicht zu und erklärte sie als gegen die guten Sitten verstößend für pietätlos und mit dem gesamten christlichen Empfinden im Widerspruch stehend. Das Grabdenkmal sei übrigens durch die Aufstellung auf dem der Kirche gehörigen Grund und Boden in das Eigentum der Kirche übergegangen und könne überhaupt nicht gepfändet werden. Nun strengte die Firma Herm. Stein beim dortigen Amtsgericht eine Klage gegen die vier evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden rechts der Elbe als Eigentümer des St. Pauli-Friedhofes wegen Duldung der Zwangsvollstreckung eines Grabdenkmals an. Die Kirche erklärte die Zivilgerichtsbarkeit in diesem Falle für unzuständig, wurde aber trotzdem vom Amtsgericht beurteilt. Das Landes-Konfistorium hielt ein öffentlich-rechtliches Verhältnis für vorliegend und die Verwaltungsbehörden für zuständig. Die Angelegenheit beschäftigte dann das Kompetenzgericht, das den eingeklagten Rechtsweg für unzulässig und die Verwaltungsbehörden als zuständig erklärte. Nun muß die Sache wieder von neuem beginnen.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Bunzlau (Schlesien). Der Steinmetz Gustav August, geboren am 7. September 1877 in Oberottendorf, wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegenüber dem Konsum auf Platz Schillinga nachzukommen. Desgleichen ersuche ich die Vorstände, ihm sein neues Buch auszustellen. Schulze, Kassierer.

Oldenburg. Zureitende Kollegen haben sich vor dem Umschauen zu melden bei B. Schuhmacher, Kurwidt rage 28.

Kolmar. Ich ersuche die Vertrauensleute allerorts, dem Steinbauer Valentin Müller, geb. am 14. Februar 1882 in Döllmesheim (Pfalz), kein neues Buch auszustellen, da dervelbe seine Interimskarte (Nr. 23070) in arduer Unordnung hier liegen ließ. Ferner ersuche ich, mir die Adresse des Kollegen Friedr. Eigenberger, geb. am 4. Juli 1880 in Kolmar (Verb.-Nr. 23040), sofort mitzutheilen, da Genannter in einer Zwangslage einen Vorstoß von der hiesigen Kahlstelle erhielt, jedoch bis heute noch nicht daran dachte, demselben zu begleichen.

Otto Gaus, Kassierer, Grillendreitgäßlein Nr. 2.

Berlin. Der Steinmetz Hermann Kobs möchte seine Adresse angeben. R. Rabensleben, Stendaler Straße 2.

Freigenbrücken. Die Steinmetzen H. Strohmenger, Georg Mons, E. Cusanella und Alois Endre haben ihre Interimskarten hier liegen lassen. Albalbert, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Wittenlingen. Vorl.: Heinrich Müller.
Soemar. Kass.: Otto Gaus, Grillendreitgäßlein Nr. 2.
Litzing. Vorl.: Ludwig Söldner, in Rottau bei Litzing.
 Kass.: Franz Neumeier, Hühndorf bei Litzing.
Düffe.dorf. Vorl.: Peter Fritsch, Blumenthalstraße 3. Kass.: Joseph Sommer, Lambertusstraße 10.

Oldenburg. Kass.: H. Reikowsky, Coersten bei Oldenburg, Tannentampstraße.
Reinheubach. Vorl.: Michael Roll. Kass.: Job. Seemann.
Auerbach. Kass.: Richard Rauch, Hinterbain bei Auerbach.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 2 bis mit 7. November.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosensmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Bruckmühl, 0,20 (Porto); Brügg, Ab. 0,90; Kesselsdorf, B. 6.—; Rauen, B. 1,75; Halensee, B. 4,95; Neumünster, B. 3,30; Worms, B. 4,38, E. 1.—, K. 0,50, M. 0,20; Würth a. M., K. 4,50; Ober-Beilau, B. 5,25; Odenbach, B. 57,50, K. 0,50; Maulronn, B. 41,80, K. 2,70, M. 0,50; Mühlheim-Protz, B. 119,60, K. 2.—; München, 3 414.—, K. 1.—; Kiel, B. 460.—, E. 7,50, K. 10.—; Hundsburg, B. 24,70, K. 0,05; Herpenheim, B. 368,72, K. 0,40; Gersbach t. Sa., B. 87,62; Ehringsdorf, M. 7,20; Weichen, B. 181,10, E. 8.—, K. 6,10, M. 0,50; Müntzchen, B. 76.—, E. 2,25, K. 10.—; Heuda, B. 552.—; Berned, B. 181,46, K. 0,90; Derdin en, B. 228.—, K. 10.—; Garbagen, B. 76.—, E. 4.—, K. 5.—; Hauzenberg, B. 42,84, E. 0,50, K. 3,80, M. 7.—; Nannowitz, B. 99,50, E. 0,50; Köniags-lutter, B. 108,96; Kürnbach, K. 4.—; Söbau B. 707.—, X. 115,50; Rurach, B. 68,08, E. 1.—, K. 1,30, M. 7,20; Reinheim, B. 21,15, K. 3,85, M. 2.—; Roth am Sand, B. 60,72, K. 0,60; Ep.schöbel,

B. 230.—; Oberullersdorf, B. 4,95; Altenburg, B. 4,80; Dierowitz, B. 6,55; Ohlau, B. 4,70; Nehau, B. 57,96, K. 0,80; Verbach, B. 84.—; Mitten, B. 84.—; Heigenbrücken, B. 59,94; Gafferone, B. 552.—, K. 41,50; Dürtheim, B. 277,20, E. 14,75, K. 12,60, M. 10.—; Augsbura, B. 133.—, E. 2.—, K. 2.—, M. 5.—; Pochum, B. 46.—; Ebendorf, B. 189,82, M. 0,50; Einbeck, B. 138.—, E. 0,50; Göttingen, B. 35,70, M. 1,05; Landau, B. 21.—, K. 0,80, M. 1,20, X. 4.—; Rünthera, B. 460.—, K. 20.—, M. 7.—; Wörlingen, B. 51,06, E. 7,50, K. 2.—, M. 5.—; Sammalden, B. 13,80; K. 1,20; Dierowitz, Ins. 4.—; Echterdagen, 10.—; Beelitz, B. 4,20; Demitz-Thumitz, B. 210.—, K. 20.—, E. 1.—; Proukta, B. 79,80, K. 11,30; Baden-Baden, B. 6,55; Hilbronn, B. 83,50, E. 23,75, K. 5,75; Kreuznach, E. 6.—; Schmie, B. 29,75; Wallöurn, B. 42.—, E. 0,50, K. 0,25; Oberullersdorf, 0,10.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Um, Jr. Hoffentlich bist bald wieder mobil. Viele Grüße — R. Chaba. Solche Kritiken, die den schlechten Veranlassungs-Verlauf betreffen, sind meist am klob. Das wird alle im Bericht war wohl, daß die nächste Versammlung am 15. November stattfindet. Hoffentlich sind die Gewohnheitschwänzer zur Stelle. — Alen-Heubach. Eberbücher werden wir nicht. Gewünschtes ist von jedem Parteipolporteur zu beziehen.

Einige Artikel mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin I.

Sonntag, den 22. November, vormittags 10 Uhr
Mitglieder-Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal I.
 Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Stellungnahme zum Ablauf des Tarifs.
3. Beschlußfassung in der Verschmelzungs- und Anstellungsfrage.
4. Verabschiedung.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das pünktliche Erscheinen sämtlicher Mitglieder.

Mitgliedsbuch legitimiert.
 Die Ortsverwaltung.

25jähriges Zahlstellen-Jubiläum.

Die Steinarbeiter von Hamburg I und II begeben am 22. November in Horns Gesellschaftshaus, Hohe Bleichen, das 25jährige Bestehen der Organisation am Ort.

Die Kollegen Hamburgs und Umgegend sind freundlichst eingeladen, sich am Jubiläum zu beteiligen.
 Das Komitee.

Bezaubernd wirkt ein Weihnachtsbaum
 geziert mit meinen Prachtornamenten, enthaltend den
Selbstleuchtenden Glas-Christbaumschmuck



Ich verlende aus erster Hand: Sortiment I, enthaltend 320 Stück mit echt Silber verplagelte Atlas- und Panoramatafeln, Kries, Schnees- und Strangtafeln, Kries, Rosen, mit venetianischem Tau beherrte Früchte und Grelolbst, Weihnachsmann mit Silberairlanden, Blumenkörbchen, Luftballons und Luftschiff, Gl.- und Silberhüte, Pübelbund mit Goldfette, Eis- und Lammensaffen, Blätter, Leuchtblume zum Aufkleben, Ampel mit Licht, Trompeten, Parodie-spiel, läutende Glocken, sowie 12 verschiedene Nuancen selbstleuchtenden Schmuck für den billigen Preis von Mk. 5.— (Nachn. Nr. 530). Sortiment II, enthaltend 72 Stück nur größerere Sachen selbstleuchtend, mit denen ein Weihnachtsbaum, der am Tage einem anderen gleich, bei der Nacht in mannich Farben leuchtet, ebenfalls für Mk. 5.— (Nachn. Nr. 530). Sortiment III, enthaltend 200 Stück geschmackvoll zusammengestellt (12 Stück selbstleuchtend), zum Ausnahmepreises von Mk. 3,50 (Nachn. 370). — Gratis füre ich den Sortimenten I und II einen drehbaren Engel, drei baren Weihnachsmann, einen prachtvollen Pfau, sowie einen funktvoll aus Glas beblafenen Ebelbirch mit Geweih bet. Sortiment III enthält nur die beiden erstgenannten Sachen.

Für Händler empfehle ich größere, nur hübsche Sortimente zu Mk. 8.— und höher.
Ernst Heumann, Lauscha S.-M. Nr. 204
 Spezialfabrikation und Versand von Glas-Christbaumschmuck.

Hobelbandstahl in vorzüglicher Qualität 15 x 0,38 mm

Steinmetzbleistifte echt Rehbach'sches Fabrikat, rund u. Flach

Steinmetzbesen harte und weiche, mit und ohne Griff

Steinmetzknüppel in prima Weißbuche und Chinaholz

hält zu billigsten Preisen bestens empfohlen
Max Muster, Eisenhandlung
 Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.

Spezialhaus für Berufskleidung
 Eigene Anfertigung

Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
 Jackets, Hosen
Emil Keidel, Hamburg 6
 Bartelsstraße 101.

Albert Baumann
 Werkzeugfabrik und Hartwerk
 Aue (Erzgeb.)
 Preisliste über alle
Steinmetz-Geschirre
 versende gratis.
 Lieferung sofort!

Heinrich Tauch, Oberoderwitz, Sa.
 empfiehlt den deutschen Steinarbeitern seine bewährten
Doppel-Lederhosen
 rei ins Haus 5 Mk. à Paar, in weiß, silbergrau und braun.
 Angabe der Schrittlänge und Buntweite genügt für guten Sitz.
 Ein Probefuch führt zu dauernder Verbindung.

Prachtkinderwagen
 Verbede sich selbsttätig auf- und niederbewegend, erhalten Sie elegant zum Fabrikpreis mit 10 Prozent Rabatt direkt von der Kinderwagenfabrik
Julius Tretbar, Grimma 627.

Tüchtige Steinhauer u. Pflasterer
 Ausmacher sowohl wie Ritzer
 sucht für dauernde Beschäftigung
Peter Weiss, Baumeister, Weiden (Oberpfalz).

Tüchtiger Bruchmeister
 der in der Pflasterstein-Branche durchaus erfahren ist und auch auf Werkstücke verneht, von einem Granit- und Syenit-Werke gesucht. Anerbeten mit 3 Karaffen und Angabe der Gehaltsanprache befördert unter G. & S. 539 die Exped. d. Bl.
 Einige durchaus tüchtige
Marmorschleifer
 gesucht. Granitwerk Steinerne Renne Akt.-Ges. Wernigerode (Harz).

Tüchtiger Werkzeugschmied
 auf Granit, der auch maschinelle Reparaturen vornehmen kann, sucht sofort passende Stellung. Offerten unter Nr. 366 an die Expedition dieses Blattes erbeilen.

Gestorben.

In Blauberg am 29. Oktober der Kollege **Stephan Mühlbauer**, 33 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
 In Hamburg am 4. November der Kollege **August Reugebauer**, 48 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
 In Gäßlicht bei Striebau am 26. Oktober der Kollege **August Tiede**, 31 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
 In Königshain am 7. November der Kollege **Wilhelm Gollmer**, 44 Jahre alt, durch einen Unfall.
 In Mittweida am 3. November der Kollege **Hermann Ziegler**, 47 Jahre alt, an Herzschlag.
 In Seuffen am 5. November der Kollege **Johann Meinel**, 33 Jahre alt, an Wasserhucht.
 In Zehfika (Kahlstädt Pirna) am 2. November der Kollege **Franz Pofewitz**, 45 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
 Verlag von Paul Starke in Leipzig.
 Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Vorsätzliche Herbeiführung der Erwerbsunfähigkeit.

Nicht allein das Krankenversicherungsgesetz, sondern auch das Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz sieht für die vorsätzliche Herbeiführung der Erwerbsunfähigkeit entsprechende gesetzliche Bestimmungen vor, nach denen eventuell das Krankengeld wie die Renten verweigert werden können. Auf diese Bestimmungen soll nun in Nachstehendem des näheren eingegangen werden und gehen wir deshalb zunächst über zum **Krankenversicherungsgesetz.**

Nach dem § 26a des Krankenversicherungsgesetzes kann durch das Kassenstatut bestimmt werden, daß Mitglieder, welche sich eine Krankheit vorsätzlich oder durch Trunkfälligkeit oder durch schuldhaftes Verhalten an Schlägereien zugezogen haben, für diese Krankheit das statutenmäßige Krankengeld gar nicht oder nur teilweise zu gewähren ist. Weiter kann bestimmt werden, daß Versicherten, welche die Kasse durch eine mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedrohte strafbare Handlung geschädigt haben, für die Dauer von zwölf Monaten seit Begehung der Straftat das Krankengeld ebenfalls ganz oder teilweise entzogen werden kann. Was ist nun „Vorsätzlichkeit“? Krankheiten, die sich die Versicherten bei sportlichen Kämpfen zuziehen, fallen nicht hierunter, ebenso wenig darf das Krankengeld bei Turnverletzungen verweigert werden. Erkrankung infolge Selbstmordversuchs kann ebenfalls nicht als eine vorsätzlich zugezogene Krankheit angesehen werden. „Vorsätzlich“ bedeutet also die Absicht auf Herbeiführung der Krankheit. Infolge einer Wette lief ein Kassenmitglied eines Nachts einmal mit ausgespreizten Armen auf dem Rande eines Vorgartenmauersockels entlang, rutschte jedoch dabei ab und verletzte sich den rechten Arm. Da das Mitglied weder noch angetrunken war, die Absicht nicht darauf gerichtet war, herunterzufallen, so wurde die in Betracht kommende Kasse zur Zahlung des Krankengelds verurteilt. Beim „Vorsatz“ muß also der Wille des Kassenmitglieds direkt auf Herbeiführung der Krankheit gerichtet sein.

Was versteht man unter Trunkfälligkeit? Unter Trunkfälligkeit versteht man gewohnheitsmäßiges und übermäßiges Trinken. Für Krankheiten, welche lediglich die Folge eines vereinzelt getrunkenen Trunkes sind, darf jedoch das Krankengeld nicht verweigert werden. Im Anschluß hieran soll eine Entscheidung des Gewerbegerichts Weimar vom 26. Juni 1902 angeführt werden. Hier war ein Arbeiter, der an zwei Tagen betrunken gewesen, wegen „liederlichen Lebenswandels“ plötzlich, also ohne Kündigung, entlassen worden. Das Gewerbegericht sprach dem Arbeiter den Lohn für die Kündigungszeit mit folgender Begründung zu: „So sehr das Gericht auch das unmaßige Trinken mißbilligt, und wenn es auch darin den leider so häufigen Grund für Gefährdung der Gesundheit, Sittlichkeit und des Wohlstands erblickt, so kann es doch in dem Betrunkensein an einem oder zwei Tagen den Tatbestand des „liederlichen Lebenswandels“ nicht anerkennen. Dazu gehört eine längere Zeit fortgesetzte, die Pflichten als Mensch, unter Umständen als Bürger, Ehemann, Vater usw. verletzende Handlungsweise. Eine solche ist aber nicht nachgewiesen.“ Somit soll der Begriff „Trunkfälligkeit“ nicht zu eng aufgefaßt werden. Dies ist nur zu begrüßen, zumal die Trunkfälligkeit häufig auch auf krankhafter sowie ererbter Veranlagung beruht.

Was fällt nun unter Kaufhändeln, schuldhaftes Beteiligung an Schlägereien usw.? Nach einer Entscheidung des preussischen Oberverwaltungs-

gerichts liegt eine Beteiligung an einer Schlägerei oder einem Kaufhändeln nicht vor, wenn eine Person von einer andern geschlagen oder gerauft wird, ohne selbst aktiv zu dem Kaufen oder Schlagen mitzuwirken, vielmehr kann sie als beteiligt nur gelten, wenn sie auch ihrerseits eine dahingehende aktive Tätigkeit ausübt, insbesondere mitschlägt oder mitrauft. Bloßes Schimpfen, welches dem Versicherten von der andern Seite eine Körperverletzung einträgt, kann nicht als schuldhaftes Beteiligung an einer Schlägerei angesehen werden.

Welche strafbaren Handlungen führen zur event. Entziehung oder Kürzung des Krankengelds? Hier kommen Verbrechen und Vergehen sowie die lassetzschädigenden Handlungen wider das Eigentum, Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, ebenso Meineid, Urkundenfälschung usw. in Betracht. Ein Betrug zum Schaden der Krankenkasse kann z. B. auch bei Simulation einer Krankheit angenommen werden. Gehen wir nun weiter über zum

Unfallversicherungsgesetz.

Nach dem § 8 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes steht dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen ein Anspruch auf Rente usw. nicht zu, wenn er den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Der Anspruch kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, wenn der Verletzte den Unfall bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens sich zugezogen hat. In Fällen der letzteren Art kann die Rente, sofern der Verletzte im Inlande Angehöriger hat, welche im Falle seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, ganz oder teilweise den Angehörigen überwiesen werden. Die Ablehnung kann, auch ohne daß die vorgezeichnete Feststellung durch strafgerichtliches Urteil stattgefunden hat, erfolgen, falls diese Feststellung wegen des Todes oder der Abwesenheit des Betroffenen oder aus einem andern in seiner Person liegenden Grunde nicht erfolgen kann. Was gilt hier nun als vorsätzliches Verbrechen oder Vergehen? Nach dem Handbuch für Unfallversicherung beraubt der auf Herbeiführung einer körperlichen Verletzung gerichtete Vorsatz den Verletzten des Entschädigungsanspruchs. Leichtsinns, selbst hohen Grades, schließt den Anspruch nicht aus. Verbotswidriges Verhalten beraubt den Verletzten auch nicht immer des Anspruchs auf Entschädigung. Anders dagegen, wenn die Verbote nach Inhalt und Art ihrer Durchführung derart eine Abgrenzung des Betriebes bilden, daß ihre, namentlich wissentliche, Uebertretung zugleich ein Sinausschreiten aus dem Bereiche des Betriebes selbst und seiner Gefahren bedeutet. Hierzu zwei Beispiele: Ein Betriebsunfall wurde angenommen bei einem Streckenarbeiter, der sich innerhalb seiner Arbeitsstätte während einer Arbeitspause an einer gefährlichen Stelle zwischen zwei Gleisen niedergelegt hatte, dabei vom Schloße übermann und von einem vorbeifahrenden Zuge überfahren wurde. Dagegen wurde das Vorliegen eines Betriebsunfalls verneint bei einem Lehrlinge, der anläßlich einer Spielerei den ausschließlich zur Beförderung von Waren bestimmten Fahrstuhl benutzte und sich dabei eine Verletzung zuzog. Vorsätzliche Herbeiführung ist ferner nicht anzunehmen, wenn der Selbstmord infolge geistiger Gestörtheit, im Zustande der Unzurechnungsfähigkeit begangen ist. Bezüglich der vorsätzlichen Herbeiführung des Unfalls wird in der Begründung zur Novellierung des Gesetzes ausgeführt: „Es kommen neben der vorsätzlichen Herbeiführung des Unfalls noch andre Fälle vor, in denen die Gewährung einer Entschädigung um deswillen nicht gerechtfertigt ist und dem natürlichen Rechtsgefühl widerpricht, weil das eigne strafbare Verhalten des Verletzten den Unfall herbeigeführt hat, z. B. wenn ein Arbeiter einen Diebstahl an den Vorräten des Be-

triebes oder eine vorsätzliche Sachbeschädigung an Betriebs-einrichtungen, oder eine vorsätzliche Körperverletzung gegen einen Mitarbeiter begeht und aus solcher Veranlassung einen Unfall erleidet. In den meisten Fällen dieser Art wird die von der Rechtsprechung schon bisher angewandte Rechtsauslegung, daß der betreffende Arbeiter sich „außerhalb des Betriebes gesetzt“ habe und deshalb kein Unfall beim Betriebe vorliege, dazu führen, die Entschädigung zu versagen. In Fällen dagegen, wo eine mildere Beurteilung am Platze ist, braucht nicht jedesmal eine vollständige Ablehnung ausgesprochen zu werden, sondern es kann hier nach Billigkeit eine teilweise Entschädigung ausgesprochen werden.“ Zum Schluß kommt nun noch das

Invalidenversicherungsgesetz

in Betracht. Hiernach bestimmt der § 17, daß dem Versicherten ein Anspruch auf Invalidenrente nicht zusteht, wenn er die Erwerbsunfähigkeit vorsätzlich herbeigeführt hat. Die Gewährung der Rente kann ganz oder teilweise verweigert werden, wenn der Versicherte die Erwerbsunfähigkeit bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens sich zugezogen hat. In Fällen der letzteren Art kann die Rente, sofern der Versicherte eine im Inlande wohnende Familie besitzt, deren Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, ganz oder teilweise der Familie überwiesen werden. — Bezüglich des „Vorsatzes“ usw. gilt daselbe, was vorstehend für die Unfallversicherung angeführt worden ist.

Nach dem § 24, Abs. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes ist solchen Personen, welchen wegen gewohnheitsmäßiger Trunkfälligkeit geistige Getränke in öffentlichen Schankstätten nicht verabfolgt werden dürfen, die Rente in Naturalleistungen zu gewähren. (Dieselbe Bestimmung sieht das Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft vor. Für die den gewerblichen Berufsvereinigungen unterstehenden Personen gelang es bei Beratung des Gesetzes, diese Bestimmung abzuwehren.) Als letzter Nachteil ist nun noch zu erwähnen, daß nach § 30, Abs. 4 die Dauer einer Krankheit als Beitragszeit nicht in Anrechnung zu bringen ist, wenn der Verletzte sich die Krankheit vorsätzlich oder bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens, durch schuldhaftes Beteiligung an Schlägereien oder Kaufhändeln oder durch Trunkfälligkeit zugezogen hat. — Ist die Krankheit durch geschlechtliche Aus-schweifungen herbeigeführt, so findet die Anrechnung statt, zumal die Worte „geschlechtliche Ausschweifungen“ auch beim Krankenversicherungsgesetz gestrichen worden sind.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der September und das 3. Quartal nach dem Reichsarbeitsblatt: Krankentaggeldziffern, Arbeitslosenstatistik, Industrieberichte.

Die Uebersicht für den Monat September, welche soeben das Reichsarbeitsblatt bringt, bestätigt im großen und ganzen das dauernd ungünstige und sogar zunehmend sich verschlimmernde Bild, das den Arbeitern der verschiedensten Berufe, durch bittere Erfahrungen an eigenen Leibe, bekannt ist. Wir greifen zunächst die Zu- und Abgänge bei den Krankentagen heraus. Scheidet man, um einheitliche Vergleiche zu ermöglichen, den Wechsel der berichtstättenden Kassen aus, nimmt man also nur die in beiden Jahren an der Statistik beteiligten gleichen Kassen zur Grundlage, so ergeben sich

	am 1. September	am 1. Oktober
1907	3 251 026	3 249 995
1908	3 159 800	3 156 209
also 1908 weniger	91 226	93 786

Neuerungen in der Herstellung von Faserzementplatten.

Die Kunst- oder Abbestschieferfabrikation trennt sich bekanntlich technisch in zwei große Gruppen; nach der einen Methode werden fertige gebildete Faserbänder oder -Schichten mit Zement überstreut und dann lagenweis übereinandergelegt, bis die Platte die gewünschte Stärke hat, nach der andern wird aber der Zement in Wasser aufgelöst und dem Faserdreie zugesetzt, oder anders ausgedrückt, das sonst bei der Papier- und Pappfabrikation zur Aufschwemmung der Fasern benutzte Wasser wird durch die Zementlösung ersetzt, es wird also gleichsam mit Zement verunreinigtes Wasser gebraucht und dadurch eine innige Vermischung des ganzen Faserdreies mit dem Zement erreicht, die jedenfalls bei Auftreten in der Vollkommenheit ausgeschlossen ist. Das deutsche Reichspatent Nr. 201 044 von Viktor Schmidt in Berlin bringt nun eine Verbesserung, welche die gleichmäßige Auftragung des Zements in vollkommener Weise sicherstellen soll, als es bisher gelungen ist. Zugleich soll erreicht werden, daß die erheblichen Verluste an Zement und Fasernstoffen vermieden werden, die bei den bisher bekannten Ausführungsarten dadurch eintreten, daß ein Teil des Zements und auch des Fasertoffes durch das Sieb hindurchtritt und alsdann verloren geht. Nach dem neuen Verfahren wird zur Bildung der Stoffbahn aus dem geholländerten Faserstoff eine Langsiebmaschine bekannter Art benutzt. Das Langsieb schöpft den Faserstoff entweder aus der Schöpfkammer in bekannter Weise aus, oder der Stoff wird aus einem Ueberlaufkasten oder aus einem Stoffkasten, an dessen unterbrochenen Boden das Siebband vorbeiläuft, aufgebracht. Der Zement wird nunmehr in der Weise eingetragen, daß man das Siebband durch einen Behälter laufen läßt, in welchem ein von oben nach unten gerichteter Strom von in Wasser verteiltem Zement aufrecht erhalten wird. Hierbei wird der im Wasser fein verteilte Zement auf der auf dem Siebfläche befindlichen Faserstoffbahn vollkommen gleichmäßig niedergeschlagen und hierbei mit den Abbestfasern auf das innigste vermischt, während das Wasser durch die Siebe hindurchströmt. Dieses Wasser läßt man am besten wieder in den oberen Teil des Kastens einlaufen, damit die etwa mit durch das Sieb gerisenen Zement- und Faserteilchen wiederum von oben zugeführt werden und damit ein Verlust überhaupt nicht eintritt.

Das Verfahren, sagt die Patentschrift, kann auch noch dahin abgeändert werden, daß die Aufbringung der Faserstoffschicht auf das Sieb, anstatt auf eine der bekannten Arten, in ähnlicher

Weise wie die Aufbringung des Zements erfolgt, d. h. daß man den geholländerten Faserstoff in den oberen Teil eines Kastens einlaufen läßt, durch den das Siebband hindurchgeführt wird und aus dessen unterem Teil man das Wasser absaugt. Man kann dann auch hier das abgeseugte Wasser immer wieder in den oberen Teil des Kastens einführen, so daß die mitgerisenen Faserstoffteilchen nicht verloren gehen. Gegenüber einer früher bekannt gewordenen Art der Aufbringung des Zements vermittelst Hindurchführung des Faserstoffbandes durch einen Kasten, in welchem Zement in der Luft trocken aufgewirbelt enthalten war, ist durch die neue Aufbringung ein ganz wesentlicher Vorteil erreicht, der sogar in seiner Endwirkung dem Auflösen des Zements im Schwemmwasser nahe kommt. Im ersten Augenblick könnte man annehmen, daß die Faserstoffschicht den im Wasser verteilten Zement nach Art eines Filters zurückhält, also nur auf der Oberfläche; das wird aber nicht ganz zutreffen, da das oben erst aus dem Wasser abgeseugte Faserband bei Zutritt von Wasser sofort wieder aufgeschwemmt wird und damit dem Zement gestattet, das ganze Band zu durchsehen, so daß das Endprodukt, das wieder auf dem Sieb abgelagerte Faserzementband in Qualität dem von vornherein mit Zement gemischten Faserband nach dem Ethernit-Verfahren von Hatsched sehr nahe kommt.

Der zweite Teil dieses Patents, resp. die erwähnte Abänderung in der Aufbringung der Fasern auf das Sieb macht weiter das kurz vorher erteilte Patent Nr. 200 679 von Adalbert Hermann in Wien ziemlich illusorisch. Das Verfahren besteht darin, daß die Siebe in die flüssige Masse möglichst tief eingetaucht und darin zwecks gleichmäßiger Verteilung der Masse auf der Siebfläche gerüttelt werden, worauf beim Hochheben der Siebe das auf diesen gelagerte Material durch deren Bewegung in der flüssigen Masse zu einer Schicht zusammengebrückt und teilweise entwässert wird. Die Fasern behalten, sagt die Patentschrift, dadurch ihre nach verschiedenen Richtungen verlaufende Lage, kreuzen einander vielfach, bleiben aber parallel zur Oberfläche der Platte, so daß die fertigen Platten nach jeder Richtung gleichen Zusammenhalt und gleiche Festigkeit aufweisen. Das ist der wesentliche Vorteil des vorliegenden Verfahrens, das durch Feinsicht der bekannten einschlägigen Verfahren erreicht wird, da die nach andern Verfahren, beispielsweise auf der Papiermaschine hergestellten Platten infolge Lagerung der Fasern in der Längsrichtung größere Festigkeit der Länge nach als der Breite nach besitzen. Die Siebflächen bestehen vorteilhaft aus mehreren über Rollen geführten endlosen Siebbändern, die im Massebehälter abwechselnd gehoben und gesenkt werden und in angehobener Stellung eine Längsbewegung ausführen, so daß die ausgeschöpfte

Masse an eine Abnahmewalze abgegeben werden kann. Diese kann längs verschiebbar gelagert sein, so daß die Masse beliebig vieler Siebe aufgebracht werden kann. Da die Siebe bei dieser Anordnung leicht auswechselbar sind, können Platten verschiedener Größe erzeugt werden. Nun sagt der Erfinder allerdings weiter: „Von der bekannten Handarbeit bei der Pappdarstellung mittels eines Schöpfhiebes unterscheidet sich das neue Verfahren hauptsächlich dadurch, daß das Schütteln des Siebes schon innerhalb der Masse erfolgt, da die Kunststoffmasse nach dem Herausnehmen schon zu wenig flüssig ist, um noch eine Verflüssigung der Fasern durch Schütteln zu ermöglichen.“

Der Zweck dieser Einrichtung ist also die Erzielung einer gekreuzten Lage der Fasern. In der Spinnerei ist es aber bekannt, die verschiedenen Faserlagen gekreuzt aufeinanderzulegen, und es dürfte auch bei der Faserzementplattenfabrikation nicht unmöglich sein, die einzelnen Lagen gekreuzt, d. h. senkrecht in der Faserrichtung aufeinanderzubringen. Die gekreuzte Faserlage ist als solche in dem vorstehenden Verfahren nicht geschützt, sondern nur die Art der Erzielung, so daß bei Erfindung einer andern Ausführungsform dieses Patent wieder nur einen problematischen Wert hat.

Die dritte Neuerungen auf diesem Gebiet ist das Deutsche Reichspatent Nr. 200 729 von Hermann Kentsch in Meissen. Dasselbe betrifft ein Verfahren zur Herstellung von Hohlkörpern aus Faserstoffen und hydraulischen Bindemitteln durch Schleudern in Zentrifugen. Bei Versuchen, sagt die Patentschrift, Hohlkörper aus plastischer Masse mit Faserzusatz durch Schleudern in einer Zentrifuge herzustellen, zeigte es sich, daß auf Grund der verschiedenen Größe der spezifischen Gewichte von Masse und Faserstoff eine Schichtenbildung eintritt, indem sich der leichtere Stoff, vorwiegend der Faserstoff, innen, der schwerere Stoff, vorwiegend die plastische Masse, außen abgelagerte. Durch das Verfahren nach der vorliegenden Erfindung soll ermöglicht werden, solche Hohlkörper derart herzustellen, daß die Wandung vollkommen gleichmäßig mit dem Faserstoff durchsetzt ist. Dies wird dadurch erreicht, daß Faserstoffe zugesetzt werden, die wesentlich dasselbe spezifische Gewicht haben wie die plastische Masse in dem Zustande, in welchem sich beide beim Ausschleudern unter Absonderung von Wasser an der Formwandung niederschlagen.

Das Erscheinen von drei Patenten in so kurzer Zeit für denselben Gegenstand beweist jedenfalls, daß man den Faserzementstoffen eine große Bedeutung beimißt.

Das ist ein ganz enormer Abfall, da binnen Jahresfrist der allgemeinen Bevölkerungszunahme entsprechend, sogar etwa 47 000 männliche Erwerbstätige und darum Versicherungs-pflichtige mehr sich ergeben müssen. Umgekehrt liegt es allerdings bei den weiblichen Mitgliedern. Hier waren versicherungspflichtig:

	am 1. September	am 1. Oktober
1907	1 257 847	1 269 469
1908	1 277 844	2 299 658
also 1908 mehr	19 997	30 159

Etwa 15 000 wären hier zwar binnen Jahresfrist lediglich als naturgemäßer Zuwachs zu rechnen. Aber die tatsächliche Mehrbeschäftigung von Frauen und Mädchen geht noch darüber hinaus. Einmal spiegelt sich in diesem Resultat die alte Erfahrung wider, daß das Kapital in kritischen Zeiten mit Vorliebe die billigere weibliche Arbeitskraft behält und neu heranzieht, soweit Männer- und Frauenarbeit in Konkurrenz stehen und sich gegenseitig ersetzen können. Jedoch ist es selbstverständlich, daß damit nur ein Teil des Differenzgegenstandes zwischen Männern und Frauen erklärt ist. Für die letzten Monate fällt weiter und sogar überwiegend in die Waagschale, daß bestimmte Saisongewerbe, in denen gerade die Frauenarbeit besonders heimisch ist, in den letzten Wochen wieder einmal eine Mehrbeschäftigung brachten. Von besonderem Einfluß ist ferner im Reichs-Arbeitsblatt, „war in diesem Monat der verstärkte Fortgang der Saison in den Bekleidungsberufen, sowie die im Herbst zutage tretende Belebung des Handelsgewerbes... Unter den (Berliner) Christantantassen weisen vor allem die Raffin, die den einzelnen Zweigen des Bekleidungsberufes angehören, im Zusammenhang mit dem Beginn der Winter-saison, eine erhebliche Zunahme auf. Im Handelsgewerbe betrafte das in verstärktem Umfang einsetzende Herbstgeschäft eine Vermehrung der Raffinmitglieder.“ Für die Zunahme der männlichen Mitglieder wird vor allem als maßgebend bezeichnet: die unveränderte Abflauung der Baugewerbe, die rückläufige Strömung in einigen Zweigen der Großindustrie, namentlich in der Eisen- und Maschinenindustrie, weiter, obwohl in geringerer Grade, in der chemischen Industrie — alles Gebiete mit ausschließlich oder fast vorwiegend männlicher Beschäftigung.

Zweitens sammelt und verarbeitet unsere amtliche Statistik seit 1903 die Arbeitslosenziffern der Fachverbände. Die letzten hier die letzten Ergebnisse? Die bericht-erhaltenden Arbeitersachverbände hatten Ende September mit folgenden Prozentzahlen der Arbeitslosen zu rechnen:

Jahr	Prozent
1903	2,8
1904	1,8
1905	1,4
1906	1,0
1907	1,4
1908	2,7

Zurück bis zum Beginn dieser Aufnahmen, bis zum Jahre 1903, ist demnach die Arbeitslosigkeit im dritten Vierteljahr diesmal die größte gewesen. Gegenüber Ende September 1908 mit 1,0 Proz. hat sie sich nahezu verdreifacht, gegenüber dem Vorjahre nahezu verdoppelt. Bezeichnender wie die einzelnen Stichtage, bei denen immerhin der Zufall eine große und wechselnde Rolle spielen kann, sind die gesamten Fälle der Arbeitslosigkeit während eines Vierteljahres. Diese „Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Laufe des Quartals“ betrug diesmal, von Anfang Juli bis Ende September, 9,6 Proz. Dies ist die größte bisher gefundene Differenz. Es kamen auf 100 Mitglieder im Quartal Fälle von Arbeitslosigkeit insgesamt

im 1. Quartal	1906	1907	1908
2	6,4	6,5	9,2
3	6,1	6,1	9,4
4	5,4	6,8	9,6
4	5,7	7,1	—

Die beständige Rückbildung hat hiernach mit dem dritten und vierten Quartal 1907 begonnen, sich seit 1908 jedoch noch viel schärfer ausgeprägt. Stärker ist dabei, daß die berichtserstattenden Verbände nicht immer die gleichen blieben. Greift man diesmal und im Vorjahre lediglich die verfügbaren gleichen Organisationen heraus, so erscheint die Verschlimmerung noch größer: gegen 6,9 Proz. Arbeitslosenfälle im 3. Quartal 1907 10,2 Proz. für das diesjährige Quartal. Wegen der vertriebenen starken Organisationsbeteiligung von Männern und Frauen darf man hier vielleicht auf die nach Geschlechtern getrennten Differenzen keinen besonderen Nachdruck legen. Doch erwähnen wir die Durchschnittsziffer der Arbeitslosenfälle: bei den männlichen Mitgliedern 9,8 Proz., bei den weiblichen Mitgliedern 6,6 Proz.

Die durchschnittliche Unterstützungsdauer betrug, für die gleichen Verbände gerechnet: 18,7 Tage für das dritte Quartal 1908 gegen 16,4 Tage für das bereits wenig erfreuliche 3. Quartal 1907.

In den vom Reichs-Arbeitsblatt aufgeführten Septemberberichten der Industrie erscheinen als besonders schlimm: die Buntindustrie, große Zweige der Textilgewerbe, die Schuhindustrie, mehrere chemische Branchen, die Spielwarenherstellung, wenigstens des Sonneberger Bezirks, die Papierfabrikation, die Buchdruckerei. Unter anderem heißt es hier: „Die Hoffnung, daß sich die Buntindustrie bessern würde, hat sich im allgemeinen nicht erfüllt. Trotz dem Sinken des Diskontsatzes war die Lage im Baugewerbe mittelmäßig und durchweg ungünstiger als im Vorjahre. Fast überall, insbesondere in Berlin, trat ein außerordentliches Ueberangebot an Arbeitskräften zutage... In den Eisen- und Stahlbetrieben wie die Lage gegenüber den Vormonaten kaum eine Aenderung auf; die Abnahme von Baugut wurde durch die überfordrigende Bautätigkeit vielfach gehemmt; fast überall übertraf das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage... In der Maschinenherzeugung war die Lage nach wie vor unbefriedigend. Der Verkauf des Rohstoffs stockt andauernd, die Rohstoffpreise werden immer größer. In vielen Sphären insbesondere Westdeutschlands wird einem Bericht zufolge mit einer Betriebsbeeinträchtigung von über 50 Proz. gearbeitet. An Arbeitskräften war hier demgemäß ein Ueberangebot vorhanden... In der allgemeinen Lage des Ruhrkohlenmarktes trat im September unverkennbar eine Abschwächung ein. Die schon im Vormonat in die Erscheinung getretene Abnahme der Ab-rufe seitens der Industrie hat weiter angehalten, die Lagerbestände haben sich dadurch vielfach vergrößert. Wegen verschiedentlich auftretender Absatzschwächen mußten vereinzelt Preisermäßigungen eingeleitet werden... Die Lage in der Baumwollspinnerei war nach wie vor ungünstig; sie hat sich vielfach infolge des Mangels jeglicher Kaufkraft weiter verschlechtert. Unter diesen Umständen werden die bereits im Vormonat gemeldeten Betriebsbeeinträchtigungen im allgemeinen beibehalten... In den Webereien für halbvolle Futterstoffe dauerte die seit Anfang des Jahres eingetretene Verschlechterung unverändert an. In sämtlichen Betrieben wird sowohl mit verkürzter Arbeitszeit als auch mit geringerer Stuhlzahl gearbeitet... In der schlesischen Tuchfabrikation läßt der Eingang der Bestellungen auf Sommerware 1909 außerordentlich viel zu wünschen übrig. Ganz besonders ungünstig ist die Lage für die sogenannten englischen Tuchfabriken, die Gewebe aus baumwollener Kette und kunstvolleren Schuß erzeugen. In der schlesischen Wollwarenfabrikation trat eine weitere Verschlechterung ein; ein Teil der Arbeiterinnen der

Gausindustrie fand keine Beschäftigung. In der Krefelder Samtwweberei trat eine weitere Verschlechterung zutage, so daß fast allgemein Verkürzungen der Arbeitszeit stattfanden; hier war ein Ueberangebot von Arbeitern vorhanden... Wie aus der Spielwarenindustrie des Sonneberger Bezirks berichtet wird, ist das amerikanische Geschäft jetzt zum Stillstand gekommen, dabei hat sich ergeben, daß übergroße Lager von Waren noch vorhanden sind, die nunmehr außer Mode sind. Der Export nach Südamerika, namentlich Chile, war ganz besonders schlecht, ein Rückgang zeigte sich auch im Vertriebs nach England und im Inland. Namentlich bei den Hausindustriellen herrscht Mangel an Arbeit... Die unbefriedigende Lage in der Schuhindustrie hat nach der Mehrzahl der Berichte angehalten, sie war fast durchweg ungünstiger als im Vorjahre... In der Papierindustrie hielt die Abflauung des Geschäftes, von der schon in den vorhergegangenen Monaten zu berichten war, im September an und schuf stellenweise noch eine weitere Verschlimmerung. Wie insbesondere aus der Druckpapierfabrikation berichtet wird, ist die Lage um so ungünstiger, als die nicht genügend beschäftigten Fabriken versuchen, durch Preisunterbietungen Aufträge heranzuziehen. Einige Druckpapierfabriken mußten infolge ungenügender Beschäftigung ihren Betrieb einschränken... Die Hoffnung, daß mit dem Eintritt des Herbstes die Beschäftigung in den Buchdruckereien besser werde, hat sich, von den Zeitungsbetrieben abgesehen, bis jetzt nicht erfüllt. So war z. B. beim Leipziger Arbeitsnachweis die Zahl der Angemeldeten seit Jahren nicht so hoch wie jetzt. Von 347 im Laufe des Monats beim Arbeitsnachweis eingetragenen Seekern erhielten 188 Beschäftigung, von 125 Druckern 68. Abgesehen von den Abgereisten und Erkrankten blieben am Schluß des Monats 149 Seeker und 55 Drucker arbeitslos. Auch in Berlin blieb immer noch die Zahl der arbeitslosen Seeker und Maschinenmeister. Sie betrug im Durchschnitt pro Woche 788 (gegen 751 im Vormonat).

Daneben stehen jedoch eine ganze Reihe unerschütterter oder zeitweilig bereits wiederbelebter Industrien. Ferner haben junge aufstrebende Bezirke, wie Schlesien in Koble und Eisen, viel länger und viel besser als der Westen ihre Stellung bewahrt, und haben sich abwärts auf die dortigen Bau-gewerbe günstige Mitwirkungen ausgegangen, wie man sie anderwärts kaum kennen gelernt hat. Es scheint überhaupt, als ob die diesmalige Krisis nicht so allgemein-gleichmäßig, dafür aber in Einzelbranchen um so tiefer sich festhalten würde. Berlin, 5. November 1908.

Max Schippel.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

III.

Die Aussperrungen.

Die Zahl der Aussperrungen steigt im Jahre 1907 zu den insgesamt stattgefundenen Kämpfen in fast dem gleichen prozentualen Verhältnis wie 1906. Eine wesentliche Veränderung gegen das Vorjahr hat nicht stattgefunden. Gleich wie die übrigen Kämpfe, so haben auch die Aussperrungen in der Anzahl eine Verminderung erfahren. Es fanden statt 323 Aussperrungen gegen 421 im Jahre 1906, also eine Verminderung um 23,3 Prozent. In welchem Maße sich das Verhältnis der Aussperrungen zu den gesamten Arbeitskämpfen in den Jahren 1900—1907 entwickelt hat, darüber gibt nachfolgende Aufstellung Aufschluß:

Es haben stattgefunden:

Im Jahre	Arbeitskämpfe überhaupt	Davon waren Aussperrungen	Von 100 Lohnkämpfen waren Aussperrungen
1900	852	46	5,4
1901	727	35	4,8
1902	861	56	6,5
1903	1282	82	6,4
1904	1625	112	6,9
1905	2323	253	10,9
1906	3480	421	12,1
1907	2792	323	11,5

Wesentlich anders liegt es jedoch mit der Zahl der von den Aussperrungen betroffenen Personen. Während 1906 von den Aussperrungen 93 356 Personen betroffen wurden, erreichten sich 1907 die Aussperrungen auf 104 738 Personen. Trotz der Abnahme der Aussperrungen hat sich die Zahl der Ausgesperrten um 11 382 vermehrt. Im Jahre 1906 entfielen auf jede Aussperrung im Durchschnitt 222 Beteiligte, 1907 dagegen 324. An den Aussperrungen waren 37 Verbände beteiligt. Am schwersten betroffen von den Aussperrungen wurden die Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maurer und Schneider. Diese vier Verbände hatten allein 149 Aussperrungen mit 64 644 daran Beteiligten zu befehlen. Für 103 696 der Ausgesperrten konnte der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall an Verdienst festgestellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitszeit 2 374 772 Tage, der Ausfall an Verdienst 11 172 888 Mark. Die Gesamtausgabe für die Durchführung der Aussperrungen belief sich auf 6 147 079 Mark (1906: 5 315 079 Mark), das sind 49,7 Prozent der insgesamt für die Kämpfe ausgegebenen Summe. Auf jeden Ausgesperrten entfiel durchschnittlich eine Unterstützungssumme von 58,69 Mark (1906: 56,90 Mark), während der Anteil an den Gesamtausgaben für die Kämpfe insgesamt für jeden Beteiligten 43,09 Mark beträgt.

Wie im Vorjahre, so ist auch im Jahre 1907 von den Unternehmern, sowohl absolut wie prozentual, die größte Zahl an Aussperrungen verhängt worden nicht im Verlauf eines Angriffs- oder Abwehrstreiks, sondern wegen Differenzen über Lohnhöhe und Arbeitszeit, ohne daß es wegen dieser Differenzen zu einem Streik der Arbeiter gekommen war. Dieses Gebaren zeigt so recht das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer. Die Zahl dieser Aussperrungen betrug 113 = 35 Prozent der gesamten Aussperrungen. An diesen Aussperrungen waren beteiligt 43 165 Personen = 41,2 Prozent der Beteiligten insgesamt. In 41 Fällen versuchten die Unternehmer, Angriffstreiks der Arbeiter durch Aussperrungen zu entkräften, und wurden von diesen Aussperrungen 36 022 Personen betroffen. In 13 Fällen, woran 10 574 Personen beteiligt waren, wurde zu dem Mittel der Aussperrung gegriffen, um Arbeiter, die wegen Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Arbeitsniederlegung übergegangen waren, zur Aufgabe ihres Widerstandes zu zwingen. Dem Koalitionsraub mußten 35 Aussperrungen dienen, wovon 2122 Personen betroffen wurden, und wegen Feiern am 1. Mai wurden 25 Aussperrungen verhängt, die 3036 Personen in Mitleidenschaft zogen.

Von den gesamten Aussperrungen entfielen für die Arbeiter mit vollem Erfolg 95 = 31,2 Prozent, an diesem Erfolg beteiligt waren 19 227 Personen = 18,4 Prozent; 109 Aussperrungen = 33,9 Prozent mit 46 196 Beteiligten = 44,1 Prozent konnten mit einem teilweisen Erfolg beendet werden.

In den Jahren 1900—1907 fanden 1328 Aussperrungen statt, von denen insgesamt 449 187 Personen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die gesamten Aussperrungen verursachten eine Ausgabe von 20 518 948 Mark, das sind 87,4 Prozent der seit dem Jahre 1900 gemachten Ausgaben für die gesamten wirtschaftlichen Kämpfe.

Die Unternehmer sehen die alljährlich wiederkehrende rücksichtslose Proletarisierung von Tausenden von Arbeitern durch das Mittel der Aussperrung als ein Korrelat gegenüber dem den Arbeitern gewährten Koalitions- und Streikrecht an. Wir wollen uns auf eine Erörterung dieser Anschauung nicht einlassen.

Es ist aber bezeichnend, daß das Unternehmertum, das so häufig — bei passender und unpassender Gelegenheit — sein „Wohltun“ für die Arbeiter glaubt hervorheben zu müssen, rücksichtslos Arbeiter aussperrt, die an irgendwelchen Arbeitskonflikten gar nicht beteiligt sind, und zwar lediglich nur zu dem Zweck, um die Gewerkschaftsorganisation, die bei einem Arbeitskampf gerade in Betracht kommt, schwächen und widerstandsunfähig machen zu können. Ein solches Vorgehen findet in der gewerkschaftlichen Taktik kein Gegenstück. Hier beschränkt man sich nur darauf, den Kampf durch Arbeitsniederlegung gegen diejenigen Unternehmer zu führen, die an einem Arbeitskonflikt unmittelbar beteiligt sind.

Soviel steht jedoch fest: Die nun schon jahrelang betriebene Aussperrungsmethode des Unternehmertums zur Niederdrückung der Arbeiter und Zurückdrängung ihrer Organisationen hat ihren Zweck vollständig verfehlt. Das Fiasko dieser Unternehmertaktik tritt immer greifbarer zutage. Wohl war es möglich, die Arbeiterschaft durch dieses Mittel bei einzelnen Kämpfen in ihrem Erfolg zu beeinträchtigen, aber der Arbeiterschaft im allgemeinen ist durch das Mittel der Aussperrungen in ihrem Aufwärtstreben kein Abbruch geschehen und am allerwenigsten war es möglich, die Gewerkschaften zu zertrümmern oder in der Entwicklung zu hemmen. Im Gegenteil, man kann annehmen, daß die Aussperrungen das Klassenbewußtsein der Arbeiter gestärkt und förderlich auf die Entwicklung der Gewerkschaften eingewirkt haben. Das völlige Veriagen des Mittels der Aussperrungen der Arbeiterbewegung gegenüber scheint nunmehr selbst dem aussperrungsmüdigsten Unternehmertum klar zu werden. Die durch geheuchelt Wohlwollen für das „Wohlergehen der Arbeiter“ und durch „sanfte Einwirkung“ auf abhängige oder willenlose Arbeiter her von den Unternehmern zusammengebrachten gelder Schuttruppe soll nun anscheinend das bezwecken, was man von den Aussperrungen vergeblich erhoffte. Echte Hoffnung! — Auch dieser Wahn wird verrinnen vor dem unaufhaltsamen, ehernen Entwicklungsgang der modernen Arbeiterbewegung. E. Herrmann.

Gesteinsbohrmaschinen.

Immer mehr triumphiert die Maschine. Auch in der Steinindustrie ist ihr Siegeslauf glänzend zu nennen. Besonders hat sich die Einführung der Gesteinsbohrmaschine bewährt. In den größeren Steinbrüchen wird der gelernte Steinbrecher immer mehr überflüssig. Die Gesteinsbohrmaschine ist in der Lage, exakter zu arbeiten, als wie dies der beste Brecher zu tun vermag. Die amerikanische Firma Ingersoll u. Sargent hat mit ihren Maschinen in Deutschland wohl den Markt behauptet. Nun hat neuerdings Siemens u. Schudert, Berlin, eine Kurbel-Gesteinsbohrmaschine konstruiert, der besondere Vorzüge nachgerühmt werden. Für unsere Brecher wird eine solche Schilderung sicherlich nicht uninteressant sein.

Der Motor von 1 PS Leistung ist in einem Sattel auf dem hinteren Teil der Bohrmaschine gelagert und ist leicht abnehmbar. Er ist, ebenso wie die Bohrmaschine selbst, staub- und wasserdicht eingeschlossen. Je nachdem die Bohrmaschine an der rechten oder linken Seite der Spannaule arbeitet, befindet sich der Motor oberhalb oder unterhalb der Bohrmaschine. Auf die Wirkungsweise der Maschine hat die verschiedene Lagerung des Motors keinen Einfluß. Die Bohrmaschine kann auch an einer horizontal gespannten Säule, sowie an einem Freistell arbeiten. Für die Bedienung der Maschine sind bloß 2 Mann erforderlich. Das Gewicht der Bohrmaschine ohne Motor beträgt 160 Kilogramm, der abnehmbare Motor wiegt 47 Kilogramm, die Spannaule von 125 Millimeter Durchmesser 115 Kilogramm.

Ein wesentlicher Vorzug der Kurbel-Stoßbohrmaschine ist ihr geringer Energiebedarf. Mit 10 PS an der Welle der Dampfmaschine lassen sich 6 Kurbel-Stoßbohrmaschinen gleichzeitig betreiben. An elektrischer Energie verbraucht jede Maschine 1 Kilowatt. Während des Bohrerwechsels und Aufstellens der Maschine wird keine Energie verbraucht, da der Motor dann abgestellt ist. Die Stromzuführung erfolgt durch biegsame, gut isolierte Leitung, welche in Längen von 60 oder 100 Meter auf tragbaren Trommeln aufgewickelt ist. Diese Abstrommel bleibt am Wandanschlußkasten, welcher das Ende der festen Leitung bildet und Sicherungen für jeden Pol enthält, stehen, und es wird nach Bedarf Leitung abgerollt. An dem abgerollten Ende befindet sich ein starker, dem rohen Bergwerksbetriebe angemessener Anschlußstempel, welcher in eine Anschlußdose des Motors paßt. Nach Einschalten des Anschlußstempels hat der Steinbrecher nur einen am Motor befindlichen Schaltergriff zu drehen, um den Motor und damit die Maschine in Gang zu setzen.

„Pflod- und Feder“-Methode.

Eine zuverlässige Weise, worauf man Steine von einer bestimmten Größe brechen kann, ist durch die Anwendung von Pflöden und Federn. Dies System wird allgemein in Sandsteinbrüchen angewandt; die Löcher sind 30—50 Millimeter im Durchmesser, und die Tiefe derselben ist gewöhnlich etwa zwei Drittel der Dicke der Schicht. In einigen Sandsteinarten wird ein Pflod in einem Loch von 28 Millimeter Durchmesser und 20 Zentimeter Tiefe eine Schicht von 1 Meter 25 Zentimeter Dicke ganz gerade spalten, während es in andern Fällen nötig sein wird, Pflöde von 31 Millimeter Dicke anzuwenden und die Löcher durch die ganze Schicht zu bohren.

Die besten Resultate werden in einem Sandsteinbrüche mit Bohrer von 76 Millimeter Durchmesser, an einer Steinbruchbarre montiert, erzielt, obgleich der Dreifuß in einigen Fällen vorgezogen wird, und in andern Fällen wird ein kleinerer Bohrer gebraucht. Der Vorteil, der mit einer Steinbruchbarre verbunden ist, besteht darin, daß alle Löcher, die in einer Stellung gebohrt werden, senkrecht sind, oder vom selben Winkel, und parallel an der Öffnung und am Boden; hierzu kommt noch, daß die Löcher in dieser Weise schneller fertig gestellt werden. Wenn die Löcher auf diese Weise, und im richtigen Abstande gebohrt werden, erzielt man bessere Brüche mit wenigerem Abfall von mehr oder weniger gutem Stein, der abgeschlagen werden muß, um die richtige Größe zu erhalten, als man es mit Keilen tun würde.

Die Tiefe der Löcher hängt von der Beschaffenheit des Steines ab, ob er sich leicht spaltet oder nicht. Sie müssen tief genug sein, um ein Abschweifen aus der geraden Linie zu verhindern.

Die Bohrmaschine kann von jedem Ungelernten nach ganz kurzer Instruktion bedient werden. Der Antrieb geschieht entweder elektrisch oder mit Preßluft. Da die größeren Steinbruchanlagen meist schon mit Kraftstationen versehen sind, so ist die Einrichtung und die Inbetriebsetzung der Bohrmaschinen ohne jegliche Schwierigkeit.

* Weitere Einzelheiten aus allen diesen Statistiken in meiner Schrift: „Sozialkonjunktur und Wirtschaftskrisis“. Berlin, Vornort-Buchhandlung.